



AUSGABE 7 · 36. JAHRGANG · 14. WAHLPERIODE · 14.7.2005

## Programm

S. 3

In seiner Regierungserklärung hat Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers (CDU) die Leitlinien der Politik für die nächsten fünf Jahre vorgestellt: Nordrhein-Westfalen soll zum Land der neuen Chancen werden.

## Steuer

S. 4

Die neue Landesregierung will einer Erhöhung der Mehrwertsteuer nicht im Weg stehen, wenn damit die Lohnkosten gesenkt und neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Aktuelle Stunde auf Antrag der SPD.

## Service

Die neuen Namen in den Landtagsausschüssen und in den Ressorts. Die Redaktion hat sie im Innenteil zusammengefasst.

## Wahl

S. 15

Nach den Koalitionsverhandlungen hat die CDU als letzte Landtagsfraktion ihren neuen Vorstand bestimmt. Die Rüttgers-Nachfolge an der Spitze tritt Helmut Stahl an. Neuer Geschäftsführer ist Peter Biesenbach.

Sportland Nummer 1 – diesem Anspruch wird Nordrhein-Westfalen in diesen Tagen wieder einmal gerecht. In Duisburg, Bottrop, Oberhausen und Mülheim treten die Athletinnen und Athleten zu den World Games an. 40 nicht olympische Disziplinen werben um Zuschauer. Diese World Games sind ein Labor im doppelten Sinn: Für die Olympischen Spiele erweitern sie den Reigen der Disziplinen – so wurden in jüngster Vergangenheit World Games-Sportarten wie Trampolinturnen und Beachvolleyball aufgenommen. Für unser Land sind die Sommerspiele im Revier auch eine Generalprobe für die Fußballweltmeisterschaft im kommenden Jahr, bei der sich das Land und die Arenen in Dortmund, Gelsenkirchen und Köln präsentieren werden (Seite 11).

Montage: Schälte

## Gastgeber NRW

Am 14. Juli beginnen die World Games. Ein wichtiges Ereignis für unser Land. Die Menschen im Revier sind Gastgeber der 3.500 Sportler aus aller Welt und der – hoffentlich zahlreichen – Zuschauerinnen und Zuschauer, die in die Stadien strömen. Unser Land kann sich bis zum 24. Juli darstellen und beweisen, dass es für sportliche Großereignisse im internationalen Rahmen gerüstet ist. Solche „Events“ sind das eine – das andere ist der Stellenwert, den der Sport für die Politik und für jeden Einzelnen hat. Hier gibt es einigen Nachholbedarf im Land – von den Kindergärten über die Schulen bis in die Vereine und Betriebe. Die Politiker im Landtag arbeiten daran (Seiten 12 und 13).



**Sport in Nordrhein-Westfalen –  
das Land setzt neue Akzente**

# Inhalt

<b>Inhalt/Editorial</b>	<b>2</b>
<b>„Ein Land der neuen Chancen“</b>	<b>3</b>
<i>Rüttgers umreißt seine Politik für den Wandel in NRW</i>	
<b>„CDU plant gigantische Umverteilung“</b>	<b>4</b>
<i>Auf SPD-Antrag Debatte über Mehrwertsteuererhöhung</i>	
<b>„Die Vereinbarungen mit der DSK gelten!“</b>	<b>5</b>
<i>SPD sieht Ausbildungsplätze in Gefahr</i>	
<b>Keine Generalrevision erforderlich</b>	<b>6</b>
<i>Mehr Freiheit in der Studienplatzvergabe</i>	6
<b>Streit um die Tarifautonomie</b>	<b>7</b>
<i>Landtagspräsidentin verpflichtete den Abgeordneten Horst Engel</i>	7
<b>„Jetzt ran an die Arbeit!“</b>	<b>8</b>
<i>Ministerpräsident stellt sein neues Kabinett vor</i>	
<b>„Freude, Dankbarkeit, Demut“</b>	<b>9</b>
<i>Der Landtag wählte Jürgen Rüttgers in das Amt des Ministerpräsidenten</i>	
<b>Service von Landtag intern</b>	
<i>Die neuen Namen:</i>	
<i>In der Landesregierung</i>	
<i>In den Ausschüssen des Landtags</i>	
<b>Ausschussarbeit neu organisiert</b>	<b>10</b>
<i>Weiterhin eigene Vertretung für Kultur, Sport und Frauenpolitik</i>	
<b>„Werbung für unser Land“</b>	<b>11</b>
<i>Das westliche Revier präsentiert sich als Gastgeber für die World Games</i>	
<b>„Kooperation hat Priorität!“</b>	<b>12 – 13</b>
<i>Interviews mit den sportpolitischen Sprechern der Fraktionen</i>	
<b>FCL schlägt sich gut gegen Team des Seimas</b>	<b>14</b>
<i>Landtagssportler traten für guten Zweck an</i>	14
<b>CDU-Fraktion wählt Helmut Stahl zu ihrem neuen Vorsitzenden</b>	<b>15</b>
<i>Besuch aus Spanien im Landtag</i>	15
<b>FDP-Politikerin Liselotte Funcke veröffentlicht Briefe aus fünf Jahrzehnten</b>	<b>16</b>
<i>Ute Scholle überreicht Jahresbericht 2005</i>	16
<b>Porträt der Woche: Dr. Jürgen Rüttgers (CDU)</b>	<b>17</b>
<i>Impressum</i>	17
<b>Geburtstage und Personalien</b>	<b>18</b>

## Spitzensport made in NRW

„Ich lese immer die Sportseite einer Zeitung zuerst.“ Fast jeder Mitarbeiter einer Tageszeitung kennt diesen Spruch. Denn die Sportseite berichtet über das, was die Menschen erreicht haben. Nordrhein-Westfalen hat da viel vorzuweisen. Spitzensportler kommen aus NRW – und werden es auch weiterhin tun.

Da gibt es zum Beispiel den Kölner Lukas Podolski, der mit seinen gerade mal 18 Jahren in der Deutschen Nationalmannschaft kickt und als Torschützenkönig gefeiert wird. Anne Poleska aus Essen hatte mit ihren 24 Jahren bei der Olympiade in Athen im vergangenen Jahr gleich Bronze auf 200 Meter Brustschwimmen für Deutschland geholt. Manch einer erinnert sich noch an Jürgen Hingsen, den aus Duisburg stammenden bekannten Zehnkämpfer und dreifachen Weltrekordhalter der 80-er Jahre.

### MEDAILLEN-LAND

Die Liste könnte beliebig fortgeführt werden. Da gibt es noch die Hockey-Weltmeisterin Tina Bachmann aus Duisburg, den Radrennfahrer Erik Zabel aus Unna, den Zweier-Kanadier-Goldmedaillengewinner in Athen, Tomasz Wylenzek aus Essen, und natürlich die beiden Schumacher-Brüder aus Kerpen, die Millionen Menschen an Formel-1-Renntagen vor den TV-Bildschirmen fesseln. Und dann gibt es noch die vielen nicht so bekannten Sportlerinnen und Sportler aus NRW, die in einem Verein aktiv sind.

Jetzt stehen die World Games vor der Tür – in Duisburg, Mülheim, Oberhausen und Bottrop. Nächstes Jahr glänzt NRW mit gleich drei Spielstätten bei der Fußballweltmeisterschaft: Dortmund, Schalke und Köln. Spitzensport bringt Geld ins Land, kurbelt die Wirtschaft an und schafft Vorbilder für die Jugend. Mit 20.000 Sportvereinen wartet NRW auf. Fünf Millionen Menschen finden dort Fitness, Spaß und soziale Kompetenz.

Nur an den Schulen in Deutschland hakt es: Jede vierte Sportstunde fällt aus, der Unterricht wird oft von sportfremden Lehrern ausgeführt. Das will die neue Landesregierung in NRW ändern und mehr Sport in den Schulen anbieten. Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers verspricht, alles zu tun, um die Sportvereine zu unterstützen. Ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung entschied jetzt das neue Parlament: Sportpolitik wird weiterhin in einem eigenen Ausschuss beraten. Jetzt gilt es die Rahmenbedingungen für die Vereine so zu gestalten, dass mehr junge Leute Lust auf Sport haben. Dabei müssen Politik, Verbände und Vereine an einem Strang ziehen.

SH

## „Ein Land der neuen Chancen“

### Rüttgers umreißt seine Politik für den Wandel in NRW

*Minutenlanger Beifall nach anderthalb Stunden gespannter Aufmerksamkeit. Die Abgeordneten von CDU und FDP im Plenarsaal erhoben sich und applaudierten ihrem Ministerpräsidenten. Dr. Jürgen Rüttgers (CDU) hatte gerade über Vorstellungen und Ziele seiner Politik in den nächsten fünf Jahren gesprochen. Kein Maßnahmenkatalog sei seine Regierungserklärung, sondern ein „Programm der Solidarität und der Leistungsbereitschaft“. Er verspricht: „Nordrhein-Westfalen wird ein Land der neuen Chancen“. SPD und GRÜNE riss es nicht von den Sitzen, ihre Abgeordneten rührten keine Hand.*

Die Menschen im Land sollten wieder mit Zuversicht in die Zukunft schauen können. Für diesen Aufbruch bürge die „Koalition der Mitte aus CDU und FDP“. Am 22. Mai, fuhr Rüttgers am 13. Juli vor dem Landtag fort, hätten die Wähler ein neues Kapitel in der Geschichte des Landes aufgeschlagen. Der Weg sei anstrengend, er werde Opfer kosten – „und jeder wird es merken“, betonte der Ministerpräsident. „Aber ich bin an einer Stelle absolut sicher: Nordrhein-Westfalen kommt wieder!“ Angst und Verzweiflung, die es allenthalben gebe, müssten wieder einem neuen Selbstbewusstsein weichen. Statt Staatsgläubigkeit werde es mehr Selbstbestimmung und Selbstverantwortung geben. Die Proportionen, die aus dem Lot geraten seien, würden zurechtgerückt und das heiße: „Freiheit vor

Chancen minimiert, Mittelmaß ins Bildungswesen gebracht, zu mehr Insolvenzen und zu einer Million Arbeitslosen geführt – „das muss sich ändern!“

Der Regierungschef verspricht: „Wir werden den Haushalt des Landes sanieren“. Durch Konsolidierung und durch Investitionen in die Zukunft. Durch Orientierung für die Menschen und mehr Selbstbestimmung und Verantwortung für sich und das Gemeinwohl. Durch Entbürokratisierung des Staates und Wiederbelebung der sozialen Marktwirtschaft. Kurz, man wolle ein anderes Nordrhein-Westfalen: „Es wird freier und dynamischer, es lässt mehr Raum für Innovationen, Eigeninitiative und Kreativität, es wird attraktiver für Investitionen in die Zukunft. Es wird seinen Wohl-

Landes in den nächsten Jahren kontinuierlich reduzieren und den ungebremsten Ausgabenanstieg nachhaltig zurückführen. Unser Ziel ist ein verfassungskonformer Haushalt“. Die Wirtschaftspolitik des Landes richte sich auf Wachstum und Beschäftigung im globalen Wettbewerb aus und stelle den Mittelstand ins Zentrum und räume Hürden für unternehmerisches Handeln aus dem Weg.

Mit einer grundlegenden Schulreform und einer Reform des Hochschulsystems würden die Herausforderungen der Wissensgesellschaft angenommen. Man halte am gegliederten Schulsystem fest, stelle insgesamt 4.000 zusätzliche Lehrerstellen insgesamt, und – „wenn es immer geht“ – zum neuen Schuljahr schon 1.000 neue Stellen. In den Schulen werde wieder mehr Wert auf Wertorientierung und Erziehung gelegt. Mit einem neuen Hochschulgesetz werde dafür gesorgt, „dass unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen auch international Spitze sind“.

Für die Zukunft der Gesellschaft und für die Integration sei der Zusammenhalt der Generationen entscheidend. Rüttgers an dieser Stelle: „Die Familie ist und bleibt die verlässlichste Lebensform“. Die Rahmenbedingungen für Familien würden verbessert, kündigte er an, denn „ein Land ohne Kinder hat keine Zukunft, Kinder sind das Allerwichtigste“. Darum würden zum Beispiel die Tageseinrichtungen für Kinder zu Familienzentren weiterentwickelt. Zusammen mit Tagesmüttern und -vätern sowie mit den auszubauenden Ganztagschulen werde damit ein verlässliches Drei-Säulen-Modell der Kinderbetreuung aufgebaut.

Nach Aussagen zum Ausbau des Gesundheitswesens, zur Gewährleistung der inneren Sicherheit, der Bedeutung der Landwirtschaft, zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, zur Weiterentwicklung von Städten und ländlichen Raum sowie zur Rolle der Kultur („Wir werden allen Sparzwängen zum Trotz die Kulturfördermittel des Landes mittelfristig verdoppeln“) schloss der Ministerpräsident: „Wir in Nordrhein-Westfalen haben viel erreicht. Wir in Nordrhein-Westfalen werden noch viel erreichen. Nordrhein-Westfalen kommt wieder. Dessen bin ich mir ganz sicher.“



Volles Haus – Plenum und Ränge waren gefüllt, als Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers (am Rednerpult) seine Regierungserklärung vor dem Landtag abgab. Zuvor hatten Abgeordnete und Zuhörer der Opfer und Hinterbliebenen der Londoner Terroranschläge gedacht und sich auf Bitten der Landtagspräsidentin von ihren Plätzen erhoben.

Foto: W. Meyer

Gleichheit, Privat vor Staat, Erarbeiten vor Verteilen und Verlässlichkeit statt Beliebigkeit“.

Rüttgers rechnete mit Rot-Grün ab. 110 Milliarden Schulden hätten nicht zu mehr Gerechtigkeit geführt, sondern seien eine „Gefahr für den Sozialstaat. Nordrhein-Westfalen lebt von der Substanz. Die Finanzpolitik der vergangenen Jahre hat die Menschen ärmer gemacht“. Habe Investitionen verhindert,

stand wieder mehr, statt weiter von der Substanz zu zehren. Und es wird neue Arbeit geben“.

Drei große Herausforderungen seien dazu zu bewältigen: Eine nachhaltige und solide Haushaltspolitik, eine neue Schul-, Hochschul- und Innovationspolitik und eine neue Politik für Kinder und Familien. Dazu sagte Rüttgers: „Wir werden die Nettoneuverschuldung des

## „CDU plant gigantische Umverteilung“

### Auf SPD-Antrag Debatte über Mehrwertsteuererhöhung

In der ersten Sitzung des neu gewählten Landtags ging es auf Antrag der Sozialdemokraten um ein steuerpolitisches Thema. Die von der SPD beantragte Aktuelle Stunde stand unter dem Motto „Keine Mehrwertsteuererhöhung – sozial gerechte Steuerpolitik für NRW!“ Die Parteien debattierten darüber, ob die Effekte einer solchen Erhöhung die Konjunktur weiter belasten würden oder aber – bei einer Verwendung zur Senkung der Lohnnebenkosten – in der Lage sind, mehr Menschen in Arbeit zu bringen.

Haushaltskassen und der maroden Staatsfinanzen „menschlich nachvollziehbar, aber politisch falsch“. Was man in Deutschland und NRW brauche, das sei eine Gesamtkonzeption mit dem Ziel des Abbaus von Steuersubventionen und einer grundlegenden Reform des Steuersystems mit

einem einfachen, gerechten und niedrigen Steuersatz. Die FDP wolle keine isolierte



Foto: Schälte

Hannelore Kraft,  
SPD-Fraktionsvorsitzende

Volkmar Klein  
(CDU)

Sylvia Löhrmann,  
GRÜNE-Fraktionsvorsitzende

Angela Freimuth  
(FDP)

Finanzminister  
Dr. Helmut Linssen (CDU)

Hannelore Kraft, SPD-Fraktionsvorsitzende, lehnte die Pläne der Union entschieden ab: Die wolle mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer die Kopfpauschale in der Krankenversicherung finanzieren und weitere Steuererleichterungen für „die gut, besser und sehr gut Verdienenden in unserem Land“ gegenfinanzieren. Einer solchen „gigantischen Umverteilung von unten nach oben“ werde die SPD nicht folgen. Die Sozialdemokraten hätten sich in ihrem Wahlmanifest eindeutig festgelegt. Eine Erhöhung würde in die falsche Richtung weisen und die wirtschaftliche Erholung gefährden, die Sparquote weiter erhöhen und vor allem Familien besonders treffen. Mit der Aktuellen Stunde solle das Land ein eindeutiges Signal an die anderen Unionsländer und an die CDU-Kanzlerkandidatin senden: Mit NRW ist die Mehrwertsteuererhöhung nicht zu machen.

Volkmar Klein (CDU) erwiderte, seiner Partei gehe es darum, „die Gesamtbelastung mit Steuern und Abgaben intelligenter aufzustellen“ – da lasse man sich keine Denkverbote auferlegen. Es könnte durchaus die positive Gesamtwirkung eintreten, dass die Menschen bei den Sozialausgaben und bei der Finanzierung des Gesundheitssystems entlastet würden. Die SPD sollte sich am konstruktiven Nach-

denken über unser zukünftiges System beteiligen: „Wir wollen diese Dinge in der Zukunft konstruktiv gemeinsam mit Ihnen besprechen.“ Das kommende Konzept der CDU sei jedenfalls besser als alles, „was in den letzten Jahren Deutschland und Nordrhein-Westfalen geprägt hat“.

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, war sich bei den Unionsplänen sicher: „Der Griff in den Geldbeutel ist längst beschlossene Sache.“ Was aber mit den Mehreinnahmen geschehen solle, da drücke sich die CDU um eine klare Aussage, „da wird weiter gerüttelt“, wie Löhrmann sagte. Es sei sicher sinnvoll, die Verbrauchssteuern zu erhöhen und damit die Lohnnebenkosten zu senken. Das meinten die GRÜNEN schon lange und hätten darum die Ökosteuer eingeführt: Ohne sie läge jetzt der Rentenbeitrag um zwei Prozent höher. Die Ökosteuer aber schaffe Anreize zu vernünftigem Handeln und habe eine Lenkungswirkung, die Mehrwertsteuer dagegen nicht. Ihre Erhöhung belaste die Familien und nehme den Druck von der Reform der sozialen Sicherungssysteme.

Angela Freimuth (FDP) urteilte, eine Erhöhung der Mehrwertsteuer sei angesichts der leeren

Anhebung der Mehrwertsteuer, das hemme das wirtschaftliche Wachstum. Man wolle Subventionsabbau und durch die Nettoentlastung der Menschen die Landeseinnahmen steigern, „weil wir wieder mehr Leute in Beschäftigung bringen wollen“. Daran sollten SPD und GRÜNE mitwirken.

Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) stimmte dem zu: „Es kommt sehr darauf an, dass wir ein geschlossenes Konzept vorstellen, damit die Menschen wieder die Ärmel aufkrepeln, mitmachen und damit die Konjunktur wieder flott wird.“ Mit der Wahl des Themas lege die SPD ihre „politische Achillesferse“ bloß: Sie habe schließlich für die desaströsen finanzpolitischen Verhältnisse gesorgt, die die CDU beim Regierungswechsel vorgefunden habe. Das habe zur Folge, dass das Thema jetzt dringender geworden sei, betonte der Minister und bestätigte, die Landesregierung lehne eine Erhöhung ab, die isoliert zum Stopfen von Haushaltslöchern diene. Aber bei der Frage, wie die Wirtschaft zu beleben sei, damit sie Arbeitsplätze schafft, seien Vor- und Nachteile abzuwägen. Die Lohnnebenkosten müssten gesenkt werden. Selbst die SPD habe erkannt, dass eine Steigerung der Sozialversicherungsbeiträge um ein Prozent im ersten Jahr 20.000, im dritten Jahr schon rund 100.000 Arbeitsplätze kostet. Linssen war überzeugt: „Bei einer Senkung verläuft das natürlich spiegelbildlich anders.“

## „Die Vereinbarungen mit der DSK gelten!“

### SPD sieht Ausbildungsplätze in Gefahr

*Der Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlebergbau ist beschlossene Sache. Die SPD fürchtet dadurch unmittelbare Auswirkungen auf den Ausbildungsmarkt im Ruhrgebiet. Allein die Deutsche Steinkohle AG (DSK) bildet zurzeit 2.385 junge Menschen aus. Die Übernahme in ein dauerhaftes Beschäftigungsverhältnis bei der DSK sei gefährdet. Sie forderte daher die Landesregierung auf, umgehend eine Vereinbarung mit der RAG zu treffen, die die Ausbildungsleistung auch künftig sicherstellt. Der Antrag der SPD (Drs. 14/16) wie auch ein Entschließungsantrag der GRÜNEN (Drs. 14/39) wurden abgelehnt.*

Marc Jan Eumann (SPD) machte die neue Landesregierung dafür verantwortlich, „dass einer der größten Ausbildungsbetriebe im Ruhrgebiet keine Perspektive hat“. 2.385 junge Menschen, die bei der DSK „eine hervorragende Berufsausbildung absolvieren“, fühlten sich durch den verabredeten Ausstieg aus der Steinkohleförderung im Stich gelassen. Damit ignoriere Schwarz-Gelb die besondere Bedeutung der Tarifverträge zur Sicherung der Ausbildung. „Nicht ‚Besser statt billiger!‘ sondern ‚Billiger statt besser!‘ scheint Ihr Rezept für mehr Ausbildungsplätze zu sein.“

Christian Weisbrich (CDU) warf seinem Vorredner Panikmache vor. Es sei richtig, dass die DSK als Tochter der RAG „eine seit Jahren kontinuierlich abnehmende aber immer noch große Bedeutung für den Ausbildungsmarkt im Ruhrgebiet“ habe. Fakt sei jedoch auch, dass die DSK im eigentlichen Bergbauberuf momentan nur noch 214 junge Menschen ausbilde. Die überwiegende Zahl werde in Metall- oder Elektroberufen ausgebildet. Darüber hinaus habe man die Zusage der Konzernspitze: „Niemand werde ins Bergfreie fallen.“

Reiner Priggen (GRÜNE) übte Kritik am früheren Koalitionspartner: Die SPD habe einen Antrag vorgelegt, „der vordergründig auf die Auszubildenden im Bergbau abzielt, aber durch die Hintertür den Sockelbergbau enthält“. Im Hinblick auf die für 2006 avisierte Steinkohlekonferenz forderte er von Seiten der Landesregierung, für mehr Transparenz in allen Bereichen der Steinkohlefinanzierung zu sorgen: „Wir werden es Ihnen nicht durchgehen lassen, uns weder zu den Altlasten noch zur Personalentwicklung genaue Zahlen zu liefern, also alles im Nebel zu lassen.“


Dietmar Brockes (FDP) machte die rot-grüne Landesregierung für die Lage auf dem Ausbildungsmarkt verantwortlich. „Mit ihrem Antrag möchte uns die SPD suggerieren, dass die von ihr mitverschuldete Lehrstellenmiserie durch den Ausbilder Steinkohlebergbau behoben werden könnte.“ Der Mittelstand

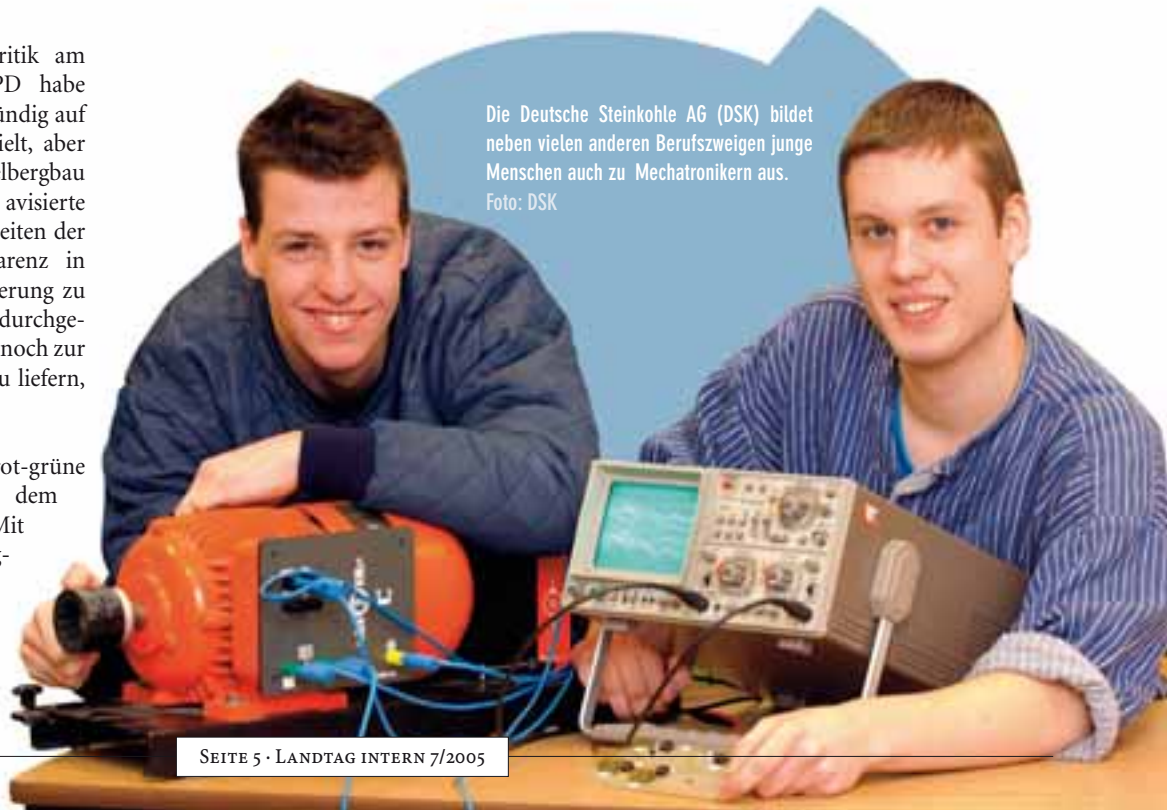
stelle in NRW über 80 Prozent aller Ausbildungsplätze. Von daher entbehre die Behauptung der SPD jeglicher Grundlage, der von FDP und CDU vereinbarte Auslauf des subventionierten Steinkohlebergbaus hätte unmittelbare Auswirkungen auf den Ausbildungsmarkt im Ruhrgebiet.

Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) nannte die Lehrstellensituation in NRW „zugegebenermaßen schwierig, angespannt und besorgniserregend“. Bezogen auf die Ausbildungsplätze bei der DSK machte er aber deutlich, dass nur noch 7,5 Prozent der Auszubildenden „bergbauspezifisch“ ausgebildet würden. Von daher sei er zuversichtlich, dass die gut ausgebildeten Lehrlinge der DSK den Übergang vom Bergbau auch in andere Branchen schaffen. Die Forderung der SPD nach neuen Ausbildungsprogrammen wies er zurück: „Wenn Sie jetzt kommen und bestimmte Programme darstellen, dann wird sich auf dem Ausbildungsmarkt gar nichts mehr oder wenig tun, weil man natürlich auf das versprochene Geld wartet, um es mitzunehmen.“

Sören Link (SPD) betonte die besondere Verantwortung des Parlaments gegenüber Jugendlichen. Es sei die Aufgabe jedes Abgeordneten, alles in seiner Macht Stehende zu tun, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass junge Menschen in NRW eine bestmögliche schulische sowie berufliche Ausbildung erhalten. „Doch was tut die neue Landesregierung? Sie spielt mit der Zukunft vieler junger Menschen, insbesondere im Ruhrgebiet, und setzt gleich zu Anfang viele hundert Ausbildungsplätze aufs Spiel.“

Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) versuchte die Kritiker der schwarz-gelben Steinkohlepolitik zu beruhigen: „Die erteilten rechtsverbindlichen Zuwendungsbescheide an die Deutsche Steinkohle gelten.“ Vor dem Hintergrund der verbindlichen Subventionszusagen der öffentlichen Hand vertrete sie die Auffassung, dass es den Unternehmen möglich sein muss, „eine verantwortliche und verantwortbare Ausbildungslösung im Sinne der Auszubildenden“ zu finden.

Dr. Axel Horstmann (SPD) warf der neuen Wirtschaftsministerin vor, sie versuche die Verantwortung der Landesregierung für die Weiterbeschäftigung der Auszubildenden auf die RAG bzw. die DSK abzuwälzen. Er beantragte daher namens seiner Fraktion eine namentliche Abstimmung über den SPD-Antrag. 



Die Deutsche Steinkohle AG (DSK) bildet neben vielen anderen Berufszweigen junge Menschen auch zu Mechatronikern aus.  
Foto: DSK

## Keine Generalrevision erforderlich Plenum erörtert Antrag zur Einrichtung einer Reformkommission

*Der Hauptausschuss wird sich mit dem Anliegen der GRÜNEN befassen, eine Kommission zur Reform der Landesverfassung einzurichten. Er wird über den entsprechenden Antrag (Drs. 14/13) öffentlich beraten und abstimmen. Das beschloss der Landtag am 6. Juli.*

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, betonte, es gehe „nicht um Modernismus, sondern um eine Überarbeitung, die Bewährtes achtet, aber Rechtsentwicklungen und neue Wertentscheidungen der Gesellschaft in Verfassungsrecht gießt“. Die Bürgerinnen und Bürger müssten sich mit dem grundlegenden Regelungswerk ihres Landes identifizieren können, sie sollten darum zur Mitarbeit und unmittelbaren Beteiligung eingeladen werden. Das geschehe am besten in der Verfassungskommission, die ihre Fraktion vorschlage.

Ilka Keller (CDU) zeigte sich erstaunt über den Zeitpunkt der grünen Initiative: Zehn Jahre habe man Gelegenheit zu Veränderungen gehabt – warum jetzt dieser Antrag? Die Sprecherin: „Im Ergebnis hat sich die nordrhein-westfälische Verfassung bewährt.“ Mögliche Änderungen sollten sehr sorgfältig bedacht werden. „Wir wollen die Verfassung nicht neu erfinden.“

Wolfram Kuschke (SPD) plädierte dafür, die Kriterien und Festlegungen offen zu nennen, die bei der Reform zugrunde gelegt werden und sich für die Arbeit im Hauptausschuss an einem „transparenten, aber auch effektiven Verfahren“ genügend Zeit zu nehmen. Bei den Bürgerinnen und Bürgern dürfe nicht die Frage auftauchen: Habt ihr nichts Besseres zu tun?

Dr. Robert Orth (FDP) wandte ein, in den letzten Jahren habe man, wenn es einen konkreten Anlass gab, gemeinsam die eine oder andere Änderung durchgebracht. Das sei guter parlamentarischer Brauch, auch die Opposition

werde dabei einbezogen. Die Verfassung sollte nicht immer mit dem Zeitgeist von heute gelesen werden, um dann zu sagen: „Wir müssen es ändern.“

Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) sagte zu, dass man sich erneuerungsbedürftigen Punkten in der Verfassung mit hoher Aufmerksamkeit widmen werde. Aber Verfassungsänderungen seien „keine Frage der Tagesaktualität“. Sie sollten im Konsens aller Landtagsparteien erfolgen. Wolf: „Einen dringenden Handlungsbedarf zur Einrichtung einer Verfassungskommission sieht diese Landesregierung nicht.“



Untypisch, diese Leere im Hörsaal – ZVS und Hochschulen sorgen dafür, dass alle Plätze besetzt werden.

Foto: Schälte

## Mehr Freiheit in der Studienplatzvergabe SPD will dabei Chancengleichheit gewahrt wissen

*Aus Gründen der Chancengleichheit solle die ZVS (Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen) nicht abgeschafft, sondern weiterentwickelt werden. Das fordert die SPD in ihrem Antrag (Drs. 14/14), den das Plenum einstimmig zur Beratung an den Innovationsausschuss überwiesen hat.*

Karl Schultheis (SPD) nannte die von der Koalition verlangte Abschaffung der ZVS „ideologiebeladen“. Ohne die Hilfe der ZVS sei die Auswahl der Studierenden nicht zu leisten. Man unterstütze das Reformziel, eine Service- und Clearingstelle aufzubauen. Schon heute könnten die Hochschulen 60 Prozent der Plätze in „bewirtschafteten“ Studiengängen in eigener Regie vergeben – diese Quote werde bei weitem nicht ausgeschöpft. „Also lassen Sie die Kirche im Dorf!“

Dr. Michael Brinkmeier (CDU) betonte den Willen der Koalition, „dass sich die Studierenden demnächst ihre Hochschule frei aussuchen können und umgekehrt“. Da sei ein regulierendes System wie die ZVS nicht mehr nötig. Eine Qualitätssteigerung des Studiums und mehr Chancengleichheit seien am besten durch mehr wettbewerbliche Elemente zwischen den Hochschulen zu erreichen.

Bärbel Höhn (GRÜNE) erwähnte den hohen Koordinierungsaufwand der Hochschulen, der sie veranlasse, dass sie von ihrem Recht, Studenten auszusuchen, „keinen Gebrauch machen“. Wer den Studenten ein gutes Studium

ermöglichen wolle und weniger Bürokratie anstrebe, der müsse die ZVS reformieren. Aber es müsse ein bundesweites Verfahren geben und nicht einen Alleingang durch NRW.

Christian Lindner (FDP) legte dar, die neue Koalition wolle den Hochschulen mehr Autonomie einräumen und sie befähigen, diese Freiheit auch zu nutzen, ohne durch ein Übermaß an Bürokratie daran gehindert zu werden. „Wir brauchen keine ZVS“, fuhr er fort. Hochschulen hätten aber durchaus Bedarf nach zentralen Dienstleistungen und einer Servicestelle – „aus pragmatischen Gründen“, wie er meinte.

Wissenschaftsminister Professor Dr. Andreas Pinkwart (FDP) sagte: „Oberstes Ziel sind transparente und rechtssichere Zulassungsverfahren sowie eine einfache ressourcenschonende und bewerberfreundliche Durchführung der Zulassungsverfahren.“ Am Ende des Prozesses werde die ZVS keine hoheitlichen Funktionen mehr ausüben. Ein dezentrales Studienplatzvergabesystem müsse funktionsfähig sein, der administrative Aufwand für Hochschulen und Bewerber sei auf das Notwendige zu beschränken.

# Streit um die Tarifautonomie

Wo die einen mehr Chancen sehen, erkennen andere „Sozialdumping“

*In namentlicher Abstimmung haben die Landtagsabgeordneten über den SPD-Antrag „Kein Aushöhlen der Tarifautonomie – Bewährte Verhandlungen auf gleicher Augenhöhe sichern“ (Drs. 14/19) entschieden: Mit 86 Ja- und 100 Nein-Stimmen wurde der Antrag am 6. Juli abgelehnt.*

Rainer Schmeltzer (SPD) verwies auf die grundgesetzlich gesicherte Tarifautonomie – die solle ausgehöhlt werden, wenn die CDU vermehrt auf betriebliche Bündnisse dränge. Das aber dürfe nicht geschehen und sei zudem überflüssig, da die Tarifpartner flexibel und sich ihrer hohen Verantwortung für die Arbeitsplätze bewusst seien: „In mehr als einem Drittel der Betriebe gibt es schon heute betriebliche Bündnisse auf der Grundlage von Tarifverträgen.“ Auch auf Arbeitgeberseite sei man der Meinung, betriebliche Gestaltungsmöglichkeiten innerhalb der Tarifverträge seien Aufgabe der Tarifparteien. Die Arbeitnehmerschaft innerhalb der CDU solle einmal „Tacheles“ reden und – dies sagte er mit Blick auf den aus Riesenbeck stammenden neuen Arbeitsminister – „da hilft keine münsterländische Bauernschläue“. Klare Bekenntnisse müssten her.

lassen, „inwieweit sie durch Qualifizierung und Bildung beiträgt, dass gleichberechtigte Tarifpartner Verhandlungen führen“.

Barbara Steffens (GRÜNE) meinte, die Aushöhlung der Tarifautonomie schaffe keine Arbeitsplätze, sondern vernichte sie. Ein solcher Vorschlag schüre die Angst bei den Beschäftigten: Die hätten nicht nur Furcht vor dem Verlust von Arbeitsplatz und Einkommen, sondern auch vor

der Verschlechterung von Arbeitsstandards und Dumpinglöhnen.

Dass es in Deutschland mit die wenigsten Streiktage gebe – „auch das hat etwas mit der Tarifautonomie zu tun“. Zudem orientierten sich 77 Prozent der nicht tarifgebundenen Betriebe an diesen Verträgen: „So schrecklich kann das alles gar nicht sein.“

Dietmar Brockes (FDP) stellte die Gegenfrage, um sie sogleich zu beantworten: „Was hat uns das von der SPD hochgelobte Tarifvertragssystem bisher gebracht? In Nordrhein-Westfalen eine Million Arbeitslose.“ Die würden in dem SPD-Antrag mit keinem Wort erwähnt; der

Partei gehe es mehr um die Macht der Gewerkschaftsfunktionäre als darum, durch Reformen des Arbeitsmarktes neue Beschäftigungschancen für Arbeitslose zu schaffen. Der Abgeordnete: „Wir wollen eine Anpassung des überkommenen Flächentarifvertragssystems an die betrieblichen Herausforderungen“ – weg von Verträgen, die die Arbeitsverhältnisse bis ins letzte Detail regelten.

Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) unterstrich die Notwendigkeit, mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu schaffen. Davon gebe es in NRW mit seinen 18 Millionen Einwohnern noch ganze 5,5 Millionen – das reiche aber nicht, „um das Beschäftigungsproblem und damit das Armutsproblem der Menschen in diesem Land zu lösen“. Im Tarifvertragsgesetz finde sich der Satz, dass man vom Tarifvertrag abweichen könne, wenn es für den Arbeitnehmer günstiger ist. Und für einen Arbeitnehmer sei es nun einmal günstiger, vielleicht zwei Stunden mehr zu arbeiten als arbeitslos zu werden. Das müsse der selber entscheiden können und nicht irgendeine Zentrale in Köln oder Frankfurt. Betrieblichen Bündnissen müsse der Betriebsrat zustimmen, dafür habe er ein umfassendes Informationsrecht über die wirtschaftliche Lage des Unternehmens. Schließlich sei erforderlich, dass zwei Drittel der Beschäftigten in geheimer Abstimmung zustimmten – an diesen Regelungen habe er, Laumann, mitgewirkt und die sollten Gesetz werden, wenn CDU und FDP bei der Wahl im Bund die Mehrheit bekommen.

Rudolf Henke (CDU) fügte hinzu, seine Partei bitte darum, den SPD-Antrag abzulehnen.

Rainer Bischoff (SPD) warnte davor, die Spirale nach unten zu drehen. Es sei ja ganz honorig, wenn der neue Arbeitsminister in Sachen Tarifautonomie eine differenzierte Haltung einnehme – aber was sei mit dem Koalitionspartner FDP? Die CDU und ihr Minister sollten aufpassen, dass sie nicht eines Tages das Feigenblatt für eine Politik abgeben müssten, wie sie von den Liberalen propagiert werde.



*Wieder im Landtag* – zu Beginn der Plenarsitzung verpflichtete Landtagspräsidentin Regina van Dinker (r.) per Handschlag den Abgeordneten Horst Engel (L.) von der FDP-Fraktion. Er rückt für Jan Söffing nach, der nach der Ernennung zum Staatssekretär im Justizministerium sein Abgeordnetenmandat niedergelegt hat.

Fotos: Schälte

## „Jetzt ran an die Arbeit!“

### Ministerpräsident Jürgen Rüttgers stellt sein neues Kabinett vor

Am 24. Juni hat Dr. Jürgen Rüttgers (CDU) seinen drei Ministerinnen und acht Ministern in der Düsseldorfer Staatskanzlei die Ernennungsurkunden übergeben. Elf Ressorts zählt die neue Landesregierung. „Machtpolitisch ist Rüttgers ein Kabinetstückchen gelungen“ – so wertete der Kölner Stadt-Anzeiger die Vorstellung der neuen Regierung. Populär titelte die Bild-Zeitung: „Jetzt ran an die Arbeit!“ Licht sah die Westdeutsche Zeitung: „Ein Kabinett tritt aus dem Schatten.“ Die Westfälische Rundschau mäkelte: „Kabinett ohne Glanz und große Namen.“

Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie und stellvertretender Ministerpräsident ist Professor Dr. Andreas Pinkwart (FDP). Der 44-jährige Wissenschaftler kommt an den Rhein aus Berlin, wo er als haushaltspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion fungierte. Er ist Landesvorsitzender der Liberalen und soll „als Mann der Zahlen, als Steuerexperte und marktwirtschaftlicher Ordnungspolitiker“, wie die WAZ formulierte, optimale Rahmenbedingungen für Investitionen schaffen.

Aus dem Ruhrgebiet stammt Christa Thoben (CDU). Sie wird Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie. Sie hat umfangreiche politische und wirtschaftliche Erfahrungen und gehörte von 1980 bis 1990 dem NRW-Landtag an. Sie wird dafür Sorge tragen, „dass sich die Wirtschaftspolitik dieses Landes zukünftig besonders an den Interessen und Notwendigkeiten im Mittelstand orientiert“, wie der Regierungschef im Rundfunk betonte.

Reform der Verwaltung und der Struktur der Polizei im Land stehen auf der Agenda für Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP). Der ausgewiesene Verwaltungsfachmann galt von Anfang an, wie die Westfalenpost schrieb, als „erste Wahl für das Amt des Innenministers“. Wolf zur Seite gestellt wird als Staatssekretär für Verwaltungsstruktur und Sport der bisherige CDU-Landtagsabgeordnete Manfred Palmen und Vorsitzende des Unterausschusses Personal des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags.

„Bodenständig und kenntnisreich“ oder „deftig und klar“? Über diese beiden Charakterisierungen stritten sich Stuttgarter Zeitung und Frankfurter Allgemeine Zeitung im Fall des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Karl-Josef Laumann (CDU). Der gelernte Maschinenschlosser aus dem Münsterland soll erreichen, dass möglichst alle jungen Leute im Land eine Lehrstelle erhalten und dass der Ausbildungskonsens fortgeführt wird.

Die neue Ministerin für Schule, Barbara Sommer (CDU), ist gelernte Grundschullehrerin und seit 1997 Schulamtsdirektorin in Gütersloh, hat fünf Kinder und soll mit Pragmatismus und ohne Ideologie konkrete Veränderungen im Interesse der am Schulleben Beteiligten erreichen. Die Einschätzung der Presse ist unterschiedlich: „Pragmatisch, ohne Scheuklappen“, urteilte die Rheinische Post; „Die Unbekannte, die Schule macht“, meinte die NRZ. „Star der neuen Regierung“, wollte gar die Westfälische Rundschau wissen.

Oliver Wittke (CDU) ist „Benjamin im Kabinett“ (WAZ). Der 38-Jährige ist Minister für Bau und Verkehr. Seine Hauptaufgabe wird darin bestehen, die Innenstädte wieder zu beleben – ein Anliegen, das dem Mann aus dem Ruhrgebiet nicht nur aus seiner Zeit als Oberbürgermeister von Gelsenkirchen bekannt ist. Vor seiner OB-Zeit (1999 bis 2004) gehörte Wittke von 1995 bis 1999 dem Landtag an.

Als Ministerin für Justiz will Roswitha Müller-Piepenkötter (CDU) sicherstellen, dass die Menschen im Land so schnell wie möglich zu ihrem Recht kommen – ohne dabei die ökonomischen Bedingungen aus dem Auge zu verlieren. Als Vorsitzende des NRW-Richterbundes und als Richterin am Oberlandesgericht Düsseldorf sowie als frühere Vorsitzende des Haupttrichterrates hat sie die Rechtspflege, ihre Abläufe und Probleme aus eigenem Erleben kennengelernt.

Der Minister für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Eckhard Uhlenberg (CDU), soll Umweltschutz und Landwirtschaft wieder miteinander versöhnen. Dafür bringt Uhlenberg mehr mit als zu wissen, „wie man einen Acker düngt“ (WAZ): Er ist selbstständiger Landwirt in Werl, arbeitet seit Jahren im Beirat der dortigen Justizvollzugsanstalt mit, ist stellvertretender Vorsitzender des WDR-Verwaltungsrats und gilt als stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion in seiner Partei als anerkannt und beliebt. Seit 20 Jahren gehört er – mit Unterbrechung – dem Landtag an.

Für die Öffentlichkeit überraschend kam die Berufung des Aacheners Armin Laschet (CDU) als Minister für Generationen, Familie, Frauen, Integration in das Kabinett. Angesichts der demografischen Veränderungen in der Gesellschaft rückten Fragen des Zusammenlebens der Generationen in den Vordergrund. Gleichzeitig solle die Integrationspolitik vorangebracht werden. Als Mitglied des Europaparlaments und des Bundestags weist Laschet in diesem Bereich wichtige Erfahrungen auf.

Ein enger politischer Weggefährte Rüttgers bekleidet das Amt des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten: Der Erftstädter Michael Breuer (CDU) soll mit seinem finanzpolitischen Sachverstand und mit seinen Erfahrungen in der Haushaltskontrolle sicherstellen, dass die Interessen des Landes sowohl in Berlin, im Bundesrat als auch in Brüssel wahrgenommen werden.

JK



Das neue Kabinett im Plenarsaal des Landtags kurz vor der Vereidigung seiner Mitglieder durch Parlamentspräsidentin Regina van Dinker (2.v.r.): Von links Europaminister Michael Breuer

(CDU), Generationenminister Armin Laschet (CDU), Landwirtschaftsminister Eckhard Uhlenberg (CDU), Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter (CDU), Verkehrsminister Oliver Wittke (CDU), Schulministerin Barbara Sommer (CDU), Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU), Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP), Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU), Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU), Innovationsminister und stellvertretender Ministerpräsident Professor Dr. Andreas Pinkwart (FDP). Ganz rechts im Bild Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers (CDU).

Foto: Schälte



## „Freude, Dankbarkeit, Demut“

### Der Landtag wählte Jürgen Rüttgers in das Amt des Ministerpräsidenten

*Es war vermutlich die kürzeste Plenarsitzung seit langem. Aber es war wohl auch die entscheidendste. Die Erwartung des Wechsels war im Rund des Plenarsaals an diesem Tag förmlich zu greifen. Über 300 Ehrengäste, mehr als ein Dutzend Fernsehkameras, zwei Dutzend Pressefotografen und zahlreiche Journalisten aus ganz Deutschland wollten in diesem historischen Moment dabei sein.*

Sie mussten nicht allzu lange warten. Um 11.35 Uhr am 22. Juni verkündete Landtagspräsidentin Regina van Dinter das Ergebnis der Wahl des Ministerpräsidenten, die an diesem Tag auf der Tagesordnung des 14. Landtags stand: „Es haben sich 187 Abgeordnete beteiligt, 187 Stimmen waren gültig. Mit Ja haben gestimmt 99 Abgeordnete.“ Wenn es eine Schrecksekunde gegeben haben sollte, weil die beiden Koalitionsfraktionen CDU und FDP über insgesamt 101 Mandate verfügen, dann wurde sie vom lauten Applaus der aufspringenden Abgeordneten von Union und Liberalen überspielt: Endlich – 39 Jahre hatte man auf diesen Moment gewartet, jetzt war er unwiderruflich vollzogen, der Machtwechsel.

Nicht ganz, denn der zweite Tagesordnungspunkt der Sitzung stand noch aus, die Vereidigung des Ministerpräsidenten, der zuvor „mit Freude und Dank“ die Wahl in dieses Amt angenommen hatte. Dr. Jürgen Rüttgers sprach die Eidesformel der Landesverfassung, die Landtagspräsidentin übergab ihm die Ernennungsurkunde und wünschte Rüttgers viel Glück und Erfolg im Interesse aller Mitbürgerinnen und Mitbürger in Nordrhein-Westfalen. Auch hier erhoben sich die Mitglieder der Regierungskoalition und spendeten lebhaften Beifall. Die Opposition wurde sitzend Zeuge der Szene.

Ein kleines Indiz für den neuen Stil im Hohen Hause waren die beiden Mikrofone, die am Kopf des Plenums aufgestellt waren. An sie traten, nicht von oben herab, sondern in Augenhöhe mit den Abgeordneten, Landtagspräsidentin und Ministerpräsident zur Vereidigung. Von hier aus hielt Rüttgers seine kurze Rede, in der er zeigte, wie sehr ihn das neue Amt bewegte: Diese Stunde gehe ihm nahe und sie betreffe ihn persönlich. Er empfinde ein Gefühl der Demut vor der großen und schwierigen Aufgabe, die ihn erwarte. Dankbarkeit spüre er gegenüber dem Auftrag, den ihm die Bürgerinnen und Bürgern erteilt hätten.

Er habe lange auf diesen Tag hingearbeitet, sagte Rüttgers und wandte sich an seinen Vorgänger Peer Steinbrück: Dem sei Dank zu sagen für das, was er für unser Land geleistet habe. Sprach's und eilte zu seinem Vorgänger, reichte ihm die Hand und übergab ihm einen Blumenstrauß. Rüttgers zum Schluss: „Ich wünsche mir, dass wir dieses wunderschöne Land zu einem Land mit neuen Chancen für die Menschen und vor allem für die Kinder machen.“ Der gemeinsame Wille, dieses Land in eine gute Zukunft zu führen, verbinde alle in diesem Parlament.

Dann der Empfang, den die Landtagspräsidentin in der Wandelhalle zu Ehren des neu gewählten Ministerpräsidenten gab. Rüttgers konnte sich der vielen Glückwünsche kaum erwehren. Geduldig sprach er in Mikrofone und ertrug das Licht und Hitze der Scheinwerfer. Kameras dokumentierten – neben vielen anderen – den Händedruck mit seinem Stellvertreter Pinkwart von der FDP. Gut gelaunt lauschte er den Worten von Kindern aus seinem Heimatwahlkreis. Rüttgers schüttelte Männerhände und herzte die Damen. Er begrüßte neue und ausgeschiedene Fraktionsmitglieder, führte ein kurzes Gespräch mit Dr. Fischer, dem Vorstandsvorsitzenden der WestLB, posierte am Tisch von Parteifreunden unverdrossen für ein Erinnerungsfoto.

Die Landtagspräsidentin unterschreibt Rüttgers' Ernennungsurkunde.



„So wahr mit Gott helfe“ – der neue Ministerpräsident beim Amtseid vor Landtagspräsidentin Regina van Dinter. Fotos: Schälte

So gegen 12.30 Uhr beim x-ten Interview wischte er sich vor der Galerie der Landtagspräsidenten den Schweiß von der Stirn: Schon am ersten Arbeitstag ins Schwitzen gekommen – dabei hatte er nur ein paar Minuten, in sich gekehrt und die Hände verschränkt, auf dem Sitz des Ministerpräsidenten Platz genommen.

In diesem Moment, wie bei Bekanntgabe des Wahlergebnisses und bei der Vereidigung, ertönte das vielstimmige Schnarren der Kameraverschlüsse von der Empore und tauchten die Bildjournalisten den Plenarsaal in ein flackerndes Blitzlichtgewitter. Die Ehefrau und die drei Söhne des Ministerpräsidenten erlebten live mit, wie Bilder entstehen, die sie demnächst im Fernsehen oder in der Zeitung von ihm zu sehen bekommen: Marcus, Lucas und Thomas – Landtagspräsidentin Regina van Dinter hatte sie eigens zu Beginn der Plenarsitzung begrüßt – werden ihren Vater künftig wohl ein wenig seltener zu Gesicht bekommen. JK

Bitte klicken Sie hier, um weitere Informationen über die Abgeordneten zu erhalten!



Service von Landtag intern

**Die neuen Namen:**

**In der Landesregierung**

**In den Ausschüssen  
des Landtags**














Bitte klicken Sie hier, um weitere Informationen über die Abgeordneten zu erhalten!





DIE NEUE LANDESREGIERUNG

Ressort	Minister/in	Staatssekretär/in	Postanschrift	Telefon 0211 -	Telefax 0211 -	Email
Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie	 Prof. Dr. Andreas Pinkwart FDP	Dr. Michael Stückradt	Völklinger Straße 49 40221 Düsseldorf	896 - 04	896 - 45 55	poststelle@mwf.nrw.de
Finanzministerium	 Dr. Helmut Linsen CDU	Angelika Marienfeld	Jägerhofstraße 6 40479 Düsseldorf	4972 - 0	4972 - 2750	poststelle@fm.nrw.de
Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie	 Christa Thoben CDU	Dr. Jens Baganz	Haroldstraße 4 40213 Düsseldorf	837 - 02	837 - 2200	poststelle@mwme.nrw.de
Innenministerium	 Dr. Ingo Wolf FDP	Karl Peter Brendel; Parlamentarischer Staatssekretär für Verwaltungsstruktur und Sport: Manfred Palmen	Haroldstraße 5 40213 Düsseldorf	871 - 01	871 - 3355	poststelle@im.nrw.de
Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales	 Karl-Josef Laumann CDU	Prof. Dr. med. Stefan Winter	Fürstenwall 25 40219 Düsseldorf	855 - 5	855 - 3683	poststelle@mags.nrw.de
Ministerium für Schule	 Barbara Sommer CDU	Günter Winands	Völklinger Straße 49 40221 Düsseldorf	5867 - 40	5867 - 3220	poststelle@msjk.nrw.de
Ministerium für Bauen und Verkehr	 Oliver Witke CDU	Günter Kozlowski	Elisabethstraße 5 – 11 40217 Düsseldorf	3843 - 0	3843 - 601	poststelle@mbv.nrw.de
Justizministerium	 Roswitha Müller-Piepenkötter CDU	Jan-Michael Söffing	Martin-Luther-Platz 40 40212 Düsseldorf	8792 - 0	8792 - 456	poststelle@jm.nrw.de
Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	 Eckhard Uhlenberg CDU	Dr. Alexander Schink	Schwannstraße 3 40476 Düsseldorf	4566 - 0	4566 - 388	poststelle@munlv.nrw.de
Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration	 Armin Laschet CDU	Dr. Marion Gierden-Jülich	Horionplatz 1 40213 Düsseldorf	8618 - 50	8618 - 54444	poststelle@mgffi.nrw.de
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten	 Michael Breuer CDU	Karsten Beneke	Stadttor 1 40219 Düsseldorf	837 - 01	837 - 1150	poststelle@stk.nrw.de

Staatskanzlei

	Staatssekretäre	Postanschrift	Telefon 0211 -	Telefax 0211 -	Email
Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen	Chef der Staatskanzlei und Staatssekretär für Kultur Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff; Staatssekretär für Medien und Regierungssprecher Thomas Kemper	Stadttor 1 40219 Düsseldorf	837 - 01	837 - 1150	poststelle@stk.nrw.de






DIE NEUEN LANDTAGSAUSSCHÜSSE

Nr.	Ausschuss	Vorsitz	stellv. Vorsitz	Ausschuss-Assistent/in	Durchwahl Assistent	Zahl der Mitglieder	Mitglieder CDU	Mitglieder SPD	Mitglieder GRÜNE	Mitglieder FDP
A 1	Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (AGS)	 <b>Günter Garbrecht</b> SPD	Bernhard Tenhumberg CDU	Peter Kemmerich	- 2442	22	Brakelmann, Peter Burkert, Oskar Henke, Rudolf Kern, Walter Kleff, Hubert Lehne, Olaf Lohn, Werner Monheim, Ursula <b>Post, Norbert</b> Tenhumberg, Bernhard Wilp, Josef	Bischoff, Rainer Garbrecht, Günter Gebhard, Heike Howe, Inge Kieninger, Gerda Killewald, Norbert Meurer, Ulla <b>Schmeltzer, Rainer</b> Veldhues, Elisabeth	<b>Steffens, Barbara</b>	<b>Dr. Romberg, Stefan</b>
A 2	Ausschuss für Bauen und Verkehr (ABV)	 <b>Wolfgang Röken</b> SPD	Bernhard Schemmer CDU	Harald Holler	- 2489	24	Aßbrock, Wolfgang Billmann, Reimund Brüning, Hannelore Burkert, Oskar Klöpper, Rita Lehne, Olaf Lorth, Gerhard Rühl, Elke <b>Sahnen, Heinz</b> Schemmer, Bernhard Schulte, Bernd	Haseloh, Karl-Heinz <b>Hilser, Dieter</b> Dr. Horstmann, Axel Jung, Reinhard Kramer, Hubertus Röken, Wolfgang Ruff-Händelkes, Monika Tüttenberg, Achim Wißen, Bodo	Becker, Horst <b>Keymis, Oliver</b>	Brockes, Dietmar <b>Rasche, Christof</b>
A 3	Ausschuss für Frauenpolitik (AF)	 <b>Elke Rühl</b> CDU	Helga Gießelmann SPD	Monika Pirron	- 2434	16	Brunert-Jetter, Monika van Dinther, Regina Doppmeier, Ursula Klöpper, Rita Monheim, Ursula Rühl, Elke <b>Westerhorstmann, Maria</b> Westkämper, Horst	Gießelmann, Helga Gottschlich, Margret <b>Kieninger, Gerda</b> Meurer, Ulla Ruff-Händelkes, Monika Watermann-Krass, Annette	<b>Steffens, Barbara</b>	<b>Pieper-von Heiden, Ingrid</b>
A 4	Ausschuss für Generationen, Familie und Integration – einschließlich Eine-Welt-Politik, Kinder und Jugend, Migration (AGFI)	 <b>Andrea Milz</b> CDU	Marlies Stotz SPD	Birgit Hielscher	- 2226	24	Doppmeier, Ursula Gründendahl, Wilfried Hollstein, Jürgen Jarzombek, Thomas <b>Kastner, Marie-Theres</b> Kern, Walter Milz, Andrea Ratajczak, Marc Solf, Michael Tenhumberg, Bernhard Westerhorstmann, Maria	<b>Altenkamp, Britta</b> Hack, Ingrid Haseloh, Karl-Heinz Hendricks, Renate Maria Jörg, Wolfgang Koschorreck, Elisabeth Krauskopf, Annegret Stotz, Marlies Tillmann, Angela	<b>Asch, Andrea Ursula</b> Düker, Monika	<b>Lindner, Christian</b> Witzel, Ralf
A 5	Hauptausschuss – einschließlich Medien, Bundes- und Europa-angelegenheiten (HPA)	 <b>Werner Jostmeier</b> CDU	Gabriele Sikora SPD	Frank Schlichting / Judith Drögeler (Europa)	- 2580	24	Dr. Berger, Stefan Biesenbach, Peter Dr. Brinkmeier, Michael Ellinghaus, Horst Jostmeier, Werner <b>Keller, Ilka</b> Kemper, Heinrich Schick, Thorsten Schroeren, Michael Stahl, Helmut Westkämper, Horst	Apel-Haefs, Ulrike Eumann, Marc Jan Kraft, Hannelore <b>Kuschke, Wolfram</b> Moron, Edgar Nell-Paul, Claudia Sikora, Gabriele Steinbrück, Peer Töns, Markus	Keymis, Oliver <b>Löhrmann, Sylvia</b>	<b>Dr. Papke, Gerhard</b> Witzel, Ralf
A 6	Haushalts- und Finanzausschuss (HFA)	 <b>Anke Brunn</b> SPD	Bernd Krückel CDU	Silvia Winands	- 2336	24	Clauser, Hans-Dieter <b>Klein, Volkmar</b> Krückel, Bernd Lienenkämper, Lutz Luckey, Manfred Möbius, Christian Dr. Petersen, Jens Post, Norbert Schittges, Winfried Weisbrich, Christian Wüst, Hendrik	Altenkamp, Britta Börschel, Martin Brunn, Anke Eiskirch, Thomas Groschek, Michael Hammelrath, Helene Cäcilia Körfges, Hans-Willi Schartau, Harald <b>Walsken, Gisela</b>	Becker, Horst <b>Sagel, Rüdiger</b>	<b>Freimuth, Angela</b> Dr. Orth, Robert

Die jeweiligen Sprecher der Fraktionen sind kursiv gesetzt.








DIE NEUEN LANDTAGSAUSSCHÜSSE

Nr.	Ausschuss	Vorsitz	stellv. Vorsitz	Ausschuss-Assistent/in	Durchwahl Assistent	Zahl der Mitglieder	Mitglieder CDU	Mitglieder SPD	Mitglieder GRÜNE	Mitglieder FDP
A 7	Ausschuss für Haushaltskontrolle (AHK)	 <b>Rolf Seel</b> CDU	Norbert Killewald SPD	Thomas Wilhelm	- 2523 0211 - 884	16	<b>Hüsken, Wolfgang</b> Klein, Volkmar Knieps, Franz-Josef Luckey, Manfred Dr. Petersen, Jens Schick, Thorsten Seel, Rolf Wüst, Hendrik	<b>Gatter, Stephan</b> Große Brömer, Wolfgang Killewald, Norbert Schartau, Harald Talhorst, Elke Trampe-Brinkmann, Thomas	<b>Sagel, Rüdiger</b>	<b>Thomann-Stahl, Marianne</b>
A 8	Innenausschuss (IA)	 <b>Winfried Schittges</b> CDU	Günter Garbrecht SPD	Monika Pirron	- 2434	20	Clauser, Hans-Dieter Kress, Karl <b>Kruse, Theo</b> Lohn, Werner Preuß, Peter Rühl, Elke Schittges, Winfried Schmitz, Wolfgang Sendker, Reinhold Wirtz, Axel	Dieckmann, Jochen Garbrecht, Günter Kutschaty, Thomas Link, Sören Peschkes, Hans Theo <b>Dr. Rudolph, Karsten</b> Schwarz-Schumann, Helga Stotko, Thomas	<b>Düker, Monika</b>	<b>Engel, Horst</b>
A 9	Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie (AIWFT)	 <b>Dr. Michael Vesper</b> GRÜNE	Dr. Stefan Berger CDU	Peter Kemmerich	- 2442	18	Dr. Berger, Stefan <b>Dr. Brinkmeier, Michael</b> Henke, Rudolf Hollstein, Jürgen Kuhmichel, Manfred Lehne, Olaf Löttgen, Bodo Reck, Hans-Joachim Prof. Dr. Dr. Sternberg, Thomas	Appel-Haefs, Ulrike Prof. Dr. Bollermann, Gerd Brunn, Anke Dieckmann, Jochen Gebhard, Heike Leuchtenberg, Uwe <b>Schultheis, Karl</b>	<b>Höhn, Bärbel</b> Dr. Vesper, Michael	<b>Lindner, Christian</b>
A10	Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform (AKV)	 <b>Edgar Moron</b> SPD	Josef Wilp CDU	Norbert Krause	- 2521	22	Aßbrock, Wolfgang Billmann, Reimund Deppe, Rainer Hüsken, Wolfgang Jarzombek, Thomas Kruse, Theo <b>Lindlar, Hans Peter</b> Löttgen, Bodo Lorth, Gerhard Lux, Rainer Wilp, Josef	Becker, Andreas Börschel, Martin Dr. Bovermann, Rainer Georg Jäger, Ralf <b>Körffges, Hans-Willi</b> Kramer, Hubertus Moron, Edgar Töns, Markus Wißen, Bodo	<b>Becker, Horst</b>	<b>Engel, Horst</b>
A 11	Kulturausschuss (KA)	 <b>Dr. Fritz Behrens</b> SPD	Monika Brunert-Jetter CDU	Judith Drögeler	- 2145	16	Brunert-Jetter, Monika Fasse, Marie-Luise Dr. Hachen, Gerd Kern, Walter Kuhmichel, Manfred Solf, Michael <b>Prof. Dr. Dr. Sternberg, Thomas</b> Westkämper, Horst	Dr. Behrens, Fritz Hack, Ingrid Koschorreck, Elisabeth Krauskopf, Annegret <b>Nell-Paul, Claudia</b> Dr. Rudolph, Karsten	<b>Keymis, Oliver</b>	<b>Freimuth, Angela</b>
A 12	Petitionsausschuss (PetA)	 <b>Inge Howe</b> SPD	Sigrid Beer GRÜNE	Franz Muschkiet	- 2531 oder - 2417 sowie - 2420	22	Bollenbach, Chris Deppe, Rainer Fehring, Hubertus Giebels, Harald Kleff, Hubert Klöpper, Rita Krückel, Bernd Lienenkämper, Lutz Ratajczak, Marc <b>Sendker, Reinhold</b> Wirtz, Josef	Howe, Inge Jörg, Wolfgang Jung, Reinhard Ruhkemper, Cornelia Schultheis, Karl Sichau, Frank Unruhe, Jürgen <b>Veldhues, Elisabeth</b> Wiegand, Stefanie	<b>Beer, Sigrid</b>	<b>Engel, Horst</b>
A 13	Rechtsausschuss (RA)	 <b>Dr. Robert Orth</b> FDP	Wolfgang Schmitz CDU	Hans-Georg Schröder	- 2487	16	Biesenbach, Peter Einmahl, Rolf <b>Giebels, Harald</b> Jostmeier, Werner Möbius, Christian Preuß, Peter Schmitz, Wolfgang Wüst, Hendrik	Hilser, Dieter Kutschaty, Thomas Römer, Norbert <b>Sichau, Frank</b> Stinka, Andre Stotko, Thomas	<b>Düker, Monika</b>	<b>Dr. Orth, Robert</b>

Die jeweiligen Sprecher der Fraktionen sind kursiv gesetzt.



DIE NEUEN LANDTAGSAUSSCHÜSSE

Nr.	Ausschuss	Vorsitz	stellv. Vorsitz	Ausschuss-Assistent/in	Durchwahl Assistent	Zahl der Mitglieder	Mitglieder CDU	Mitglieder SPD	Mitglieder GRÜNE	Mitglieder FDP
A 14	Ausschuss für Schule (ASch)	 <b>Wolfgang Große Brömer</b> SPD	Michael Solf CDU	Wolfgang Kubitzky	- 2856	24	Bollenbach, Chris Doppmeier, Ursula Dr. Hachen, Gerd Hollstein, Jürgen Hovenjürgen, Josef <b>Kaiser, Klaus</b> Kastner, Marie-Theres Post, Norbert Ratajczak, Marc Recker, Bernhard Solf, Michael	Dr. Bovermann, Rainer Georg Gödecke, Carina Große Brömer, Wolfgang Hendricks, Renate Maria Link, Sören <b>Schäfer, Ute</b> Stotz, Marlies Tillmann, Angela Trampe-Brinkmann, Thomas	<b>Beer, Sigrid</b> Löhrmann, Sylvia	<b>Pieper-von Heiden, Ingrid</b> Witzel, Ralf
A 15	Sportausschuss (SpA)	 <b>Axel Wirtz</b> CDU	Elke Talhorst SPD	Wolfgang Kubitzky	- 2856	20	Clauser, Hans-Dieter Lux, Rainer <b>Müller, Holger</b> Preuß, Peter Recker, Bernhard Schemmer, Bernhard Schick, Thorsten Schroeren, Michael Seel, Rolf Wirtz, Axel	Becker, Andreas Dr. Behrens, Fritz Bischoff, Rainer Fischer, Birgit <b>Peschkes, Hans Theo</b> Röken, Wolfgang Talhorst, Elke Tüttenberg, Achim	<b>Dr. Vesper, Michael</b>	<b>Rasche, Christof</b>
A 16	Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (AUNLV)	 <b>Marie-Luise Fasse</b> CDU	Hubert Schulte CDU	Thomas Wilhelm	- 2523	22	Brunert-Jetter, Monika Fasse, Marie-Luise Kaiser, Peter Kemper, Heinrich Kress, Karl Lindlar, Hans Peter <b>Ortgies, Friedhelm</b> Pick, Clemens Schulte, Hubert Sendker, Reinhold Wirtz, Josef	Gatter, Stephan Gottschlich, Margret Kuschke, Wolfram Ruhkemper, Cornelia <b>Schulze, Svenja</b> Stinka, André Unruhe, Jürgen Watermann-Krass, Annette Wiegand, Stefanie	<b>Rommel, Johannes</b>	<b>Thomann-Stahl, Marianne</b>
A 17	Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie – einschließlich Grubensicherheit und Landesplanung (AWME)	 <b>Hans-Joachim Reck</b> CDU	Dietmar Brockes FDP	Hans-Georg Schröder	- 2487	24	<b>Dr. Droste, Wilhelm</b> Fehring, Hubertus Grunendahl, Wilfried Hovenjürgen, Josef Knieps, Franz-Josef Lienenkämper, Lutz Milz, Andrea Reck, Hans-Joachim Schulte, Hubert Weisbrich, Christian Wirtz, Josef	Dr. Bollermann, Gerd Eiskirch, Thomas Gießelmann, Helga Hammelrath, Helene Cäcilia Leuchtenberg, Uwe <b>Römer, Norbert</b> Schulze, Svenja Schwarz-Schumann, Helga Sikora, Gabriele	Höhn, Bärbel <b>Priggen, Reiner</b>	<b>Brockes, Dietmar</b> Dr. Papke, Gerhard
A 21	Wahlprüfungsausschuss (WPA)	 <b>Hannelore Kraft</b> SPD	Werner Jostmeier CDU	Hans-Georg Schröder	- 2487	9	Dr. Droste, Wilhelm Einmahl, Rolf Jostmeier, Werner Schmitz, Wolfgang	Gödecke, Carina Kraft, Hannelore Moron, Edgar	Rommel, Johannes	Freimuth, Angela

Die jeweiligen Sprecher der Fraktionen sind kursiv gesetzt.

Stand: 8. Juli 2005

An einige Bezeichnungen muss man sich noch gewöhnen – die nordrhein-westfälische Wählerschaft hat nicht nur die Mehrheitsverhältnisse im Land, sondern auch bisher Vertrautes durcheinander gewirbelt. Bei den Ausschussnamen – entsprechend der neuen Schwerpunkte in der Landespolitik und im Zeichen schlanker politischer Strukturen – gilt es sich umzustellen. Dies macht die Anzeigetafel in der Bürgerhalle des Landtags deutlich.

Foto: Schälte

Ausschuss für Frauenpolitik: So wurde der Vorschlag des Koalitionspartners FDP, das Ressort Frauenpolitik in den neu gebildeten Generationenausschuss zu integrieren, aufgrund von Protesten der Oppositionsfraktionen SPD und GRÜNE wieder zurückgezogen.

Nichtsdestotrotz – etliche Ausschüsse haben durch den Neuzuschnitt ihre Selbstständigkeit eingebüßt: So wurde beispielsweise der Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik aufgelöst. Beide Politikfelder wurden voneinander getrennt und dem Hauptausschuss (Europa) bzw. dem Ausschuss für Generationen (Eine-Welt) zugeschlagen. Auch die ehemals eigenständigen Ausschüsse für Grubensicherheit,

## Ausschussarbeit neu organisiert

### Weiterhin eigene Vertretung für Kultur, Sport und Frauenpolitik

*Bislang hatte der nordrhein-westfälische Landtag eine eher zweifelhafte Vorreiterrolle unter allen Landesparlamenten: Kein anderer Landtag gönnte sich so viele Ausschüsse wie das Parlament in Düsseldorf. Dies wird nun geändert. Auf Betreiben aller vier Landtagsfraktionen wurde die Zahl der Ausschüsse von ehemals 24 auf künftig 18 reduziert – nicht ohne Querelen. So herrschte zum Beispiel lange Uneinigkeit darüber, ob die Ressorts Kultur- und Frauenpolitik eigenständige Fachausschüsse behalten sollten. Am 6. Juli schließlich segneten die Abgeordneten den Neuzuschnitt der Ausschüsse ab.*

Die schwierige Haushaltslage und die von der schwarz-gelben Landesregierung verhängte Haushaltssperre stellt auch das Parlament vor neue Herausforderungen. Sparen ist angesagt! Der neu gewählte Landtag wird seine Arbeit künftig mit weniger Ausschüssen bewältigen müssen als noch in der 13. Wahlperiode. Nach Beschluss von Ältestenrat und Plenum wurde die Zahl der Ausschüsse um sechs gekürzt. Möglich wurde dies dadurch, dass das Aufgabenspektrum einzelner Ausschüsse erweitert worden ist. Dennoch ist die Zahl der Ausschussmitglieder weitgehend konstant geblieben. Sie stieg im Schnitt lediglich von 19 auf 20 Mitglieder.

Insgesamt fiel die Straffung der Ausschussarbeit jedoch moderater aus als angekündigt. So war von Seiten der neuen Koalitionsfraktionen zunächst die Rede davon, die Zahl der Ausschüsse an der Anzahl der Ministerien auszurichten. Doch in den letzten Tagen und Wochen haben die Fraktionen untereinander um den Erhalt der Selbstständigkeit einzelner Politikfelder hart gerungen. Weiter war zu berücksichtigen, dass erst ab einer Gesamtzahl

von 15 Ausschüssen jede Fraktion einen Ausschussvorsitz bekommen konnte. Mittlerweile steht fest, dass es auch in der 14. Wahlperiode weiterhin einen eigenständigen Kulturausschuss, einen Sportausschuss sowie einen Ausschuss für Frauenpolitik geben wird.

#### DISKUSSIONEN

Insbesondere die Diskussion über den Erhalt des Kulturausschusses hatte hohe Wellen geschlagen. Ursprüngliche Planungen der CDU-Fraktion sahen vor, die Kultur in den Verantwortungsbereich des Hauptausschusses zu übertragen, nachdem dieses Ressort auch im neuen Landeskabinett nicht mehr einem Ministerium, sondern über einen Staatssekretär der Staatskanzlei zugeordnet worden war. Es folgten Bedenken und Proteste. Nicht zuletzt auf Intervention des Deutschen Kulturrates wurde dieser Plan schließlich fallen gelassen. Ähnliches gilt für den

für Migrationsangelegenheiten sowie der Medienausschuss fielen der Reduzierung zum Opfer. Die Grubensicherheit wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie angegliedert, die Migrationsangelegenheiten dem Ausschuss für Generationen, Familie und Integration und die Medienpolitik dem Hauptausschuss.

Weitere Synergieeffekte konnten dadurch realisiert werden, dass der Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen und der Verkehrsausschuss zu einem Ausschuss zusammengefasst wurden. Gleiches gilt für den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz sowie dem Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung. Hieraus wurde der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. In beiden Fällen hat die Neuorganisation der Ministerien Modell gestanden.

Was den Vorsitz der Ausschüsse betrifft, so herrscht sowohl unter den beiden großen wie auch den beiden kleinen Landtagsfraktionen Gleichstand: CDU und SPD haben in jeweils acht Ausschüssen den Vorsitz inne. GRÜNE und FDP stellen jeweils in einem Ausschuss den Vorsitzenden. ax



## „Werbung für unser Land“

### Das westliche Revier präsentiert sich als Gastgeber für die World Games

*Am 14. Juli ist es soweit: Die World Games 2005 in Duisburg werden eröffnet. Neben Duisburg sind Bottrop, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen zehn Tage lang Gastgeber der internationalen Spiele der nicht-olympischen Disziplinen.*

Mit 40 Sportarten, davon sechs Einladungsarten, 3.400 Sportlern aus 90 Nationen, 27 Sportstätten und 500.000 erwarteten Zuschauern sind die World Games 2005 das international größte Multi-Sport Ereignis in 2005. Die Weltspiele bieten zudem nicht nur einzigartige Sportleistungen in Disziplinen wie Karate, Sumo, Tanzen und Rugby, sondern auch ein auf hohem Niveau angesetztes Kulturprogramm mit Gastauftritten, unter anderem von Nena bei der Eröffnungsfeier in der MSV-Arena Duisburg.

Die World Games 2005 verdanken ihre Verwirklichung nicht zuletzt dem Sportausschuss des Landtags: Er hat sich immer wieder, über Fraktionsgrenzen hinweg, dafür eingesetzt, dass diese Spitzenveranstaltung in NRW möglich wird. Der neue Parlamentarische Staatssekretär für Sport, Manfred Palmén, dazu: „Wir, die Bürgerinnen und Bürger, freuen uns auf die großen Sportereignisse in NRW. Wir werden ein herzlicher Gastgeber sein, der seine Stärken zeigen, und für unser Land werben wird. Diese Ziele verbinden wir mit den World Games in Duisburg, insbesondere mit der Fußballweltmeisterschaft 2006, den Weltreiterspielen in

Aachen, der Feldhockey WM der Herren in Mönchengladbach sowie mit der Kanu WM der Herren 2007.“

Der Sport ist seit jeher wichtiger Bestandteil der nordrhein-westfälischen Landespolitik. Deutlich wird die Bedeutung des Sports in Artikel 18 der Landesverfassung, der seit 1992 bestimmt: „Sport ist durch Land und Gemeinden zu pflegen und zu fördern.“ Damit steht der Sport auf gleicher Stufe mit Kunst, Kultur und Wissenschaft. In Nordrhein-Westfalen waren im Jahre 2004 an die fünf Millionen Mitglieder in mehr als 20.000 Sportvereinen zu verzeichnen, davon mehr als zwei Millionen Kinder und Jugendliche bis 27 Jahre. Dies zeigt, dass der Sport besonders für die Jugend eine bedeutende Rolle spielt. Darum haben sich alle Landtagsfraktionen im Sportausschuss intensiv für die Breitensportentwicklung und Förderung des Schulsports eingesetzt. Wegen der schlechten Haushaltslage konnte allerdings auch der Sport von Einsparungen nicht verschont bleiben.

Von Beginn an hat sich der Sportausschuss für die World Games im Revier engagiert. Seit 1999 wurde das Thema Weltspiele um die 18-mal in Sitzungen behandelt, Veranstalter und Organisatoren kamen dabei zu Wort. Nach anfänglichen Problemen bei der Finanzierung dieses Großprojekts konnte bei der Bundesregierung ein Zuschuss in Höhe von zwei Millionen Euro

locker gemacht werden. Die Landesregierung drückt ihre finanzielle Unterstützung in einem Betrag von rund 2,4 Millionen Euro aus. Doch angesichts der leeren Landeskasse müssen die Austragungsstädte den Großteil der entstehenden Kosten in Höhe von acht Millionen Euro übernehmen.

Trotz aller absehbaren Einschnitte: Im Koalitionsvertrag wollen CDU und FDP die Sportförderung des Landes auf einem angemessenen Niveau halten. Mit der Verlegung des Sportressorts in den Aufgabenbereich des Innenministeriums mit einem neuen Staatssekretär für Sport soll das Bündnis von Sport, Politik und Wirtschaft verfestigt werden. Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers (CDU) versicherte auf der Mitgliederversammlung des Landessportbundes Nordrhein-Westfalen Ende Juni, dass die „Landesregierung alles tun wird, um die Sportvereine in NRW zu unterstützen. Großereignisse sind wichtig, um Kraft daraus zu schöpfen, aber noch wichtiger ist, was sich in den Städten, Stadtteilen und Vereinen selbst tut – dass da richtig was los ist.“ **CG**

Wecken Interesse und machen neugierig – die bunten Plakate mit den nicht alltäglichen Sportarten, die es in den nächsten Tagen im Revier zu sehen gibt. Foto: Schälte



### World Games 2005

- 3.400 nominierte Sportler aus 40 internationalen Sportverbänden
- jüngster Sportler im Castingsport (14 Jahre alt), ältester Sportler in Bogenschießen (57 Jahre alt)
- 40 Sportarten, darunter 6 Einladungssportarten
- 90 teilnehmende Länder
- ca. 500.000 erwartete Besucher
- 27 Sportstätten in einem 25 km Radius gelegen
- 178 Medaillenwettbewerbe
- 963 Medaillen, davon 500 für Einladungsdisziplinen
- seit 1. Dezember 2004 ca. 54.000 verkaufte Tickets (Stand 30. Juni)
- es müssen 150.000 Tickets verkauft werden, um das Budget zu decken
- Etat: 14.838 Millionen Euro
- 3.000 Helferinnen und Helfer

### Sport in NRW

- 5 Millionen Sportler in NRW
- 20.000 Vereine
- Durchschnittlich 251 Mitglieder je Verein
- Aktive Sportler drei Monate bis 99 Jahre alt
- Etwa 550.000 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- 2 Millionen Kinder und Jugendliche bis 27 Jahre
- Rund 200.000 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer in der Jugendarbeit
- Fußball und Leichtathletik beliebteste Sportarten bei Jung und Alt



## „Kooperation hat Priorität!“

### Interviews mit den sportpolitischen Sprechern der Fraktionen

*Sport macht Spaß, Sport ist gesund und das Angebot an Sportarten wird immer bunter. Trotzdem klagen viele Sportvereine im Lande über sinkende Mitgliederzahlen. Viele Kinder und Jugendliche verbringen mittlerweile ihre Freizeit häufig lieber Zuhause vor dem Computer als auf dem Sportplatz. Über Probleme, Chancen und Perspektiven im Bereich der Sportpolitik sprach Landtag intern mit Holger Müller (CDU), Hans Theo Peschkes (SPD), Dr. Michael Vesper (GRÜNE) und Christof Rasche (FDP).*

**Immer weniger Kinder- und Jugendliche gehen in die Vereine. Wie kann der Sportausschuss diesem Trend entgegensteuern?**

**Müller:** Die Auswirkungen des demographischen und sozialen Wandels in der Gesellschaft bekommen auch die Sportvereine und -verbände zu spüren. Diesem Problem möchte die CDU-Fraktion mit dem „Zukunftsprojekt Verein 2015“ entgegenwirken. Ich bin der Meinung, dass die Politik enge Kontakte zu den Vereinen pflegen muss. Zentraler Ansprechpartner ist hierbei der Landessportbund, der die Interessen der Vereine vertritt. Kooperation hat Priorität! Darüber hinaus ist und bleibt es Aufgabe der Politik, den Sport insgesamt im gesellschaftlichen Zentrum stärker zu verankern. Sport ist schließlich nicht nur der Gesundheit zuträglich, sondern fördert auch die soziale Kompetenz und die Integration.

**Peschkes:** Der Mitgliederschwund ist kein spezifisches Problem der Vereine. Die Angebotspalette im Freizeitbereich ist mittlerweile riesig geworden. Die Vereine stehen zu diesen Angeboten in Konkurrenz.

Die Politik hat die Pflicht, die Vereine zu unterstützen. Zwar kann Politik die Kinder und Jugendlichen nicht in die Vereine bringen, aber sie muss die Rahmenbedingungen schaffen. Die alte Landesregierung hat das gemacht, indem sie zum Beispiel die Übungsleiterpauschale geschaffen hat. Diese muss erhalten bleiben. Aber auch die Vereine selbst sind gefordert. Sie müssen sich neuen Angeboten öffnen. Denn der Bedarf ist da. Das verrät ein Blick auf die Fitness-Studios, die trotz hoher Mitgliedsbeiträge boomen.

**Dr. Vesper:** Immer noch binden die Vereine Millionen von Kindern und Jugendlichen an sich; mehr als jede andere gesellschaftliche Organisation. Damit das auch so bleibt, müssen die Vereine etwas tun. In dem Wort „attraktiv“ steckt ja auch das Wörtchen „aktiv“ – das heißt, wer sich fantasievoll

und engagiert um Kinder und Jugendliche bemüht und auf gesellschaftliche Trends eingeht, der wird damit Erfolg haben. Der Sportausschuss kann im Gespräch mit dem organisierten Sport dabei mithelfen, dass die Vereine sich den Zeichen der Zeit stellen: Es gibt mittlerweile eine große Konkurrenz zwischen kommerziellen Anbietern wie Fitness-Studios und den Vereinen. Die Vereine dürfen sich

jedoch nicht schmollend in die Ecke zurückziehen, sondern müssen darauf sehr selbstbewusst reagieren. Hier muss der Ausschuss motivierend auf die Vereine einwirken.

**Rasche:** Das Ehrenamt ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Jugendsportförderung. Derzeit sind rund 550.000 Ehrenamtliche tätig, die fünf Millionen Sportler in 20.000 Vereinen fördern. Wenn der Staat diesen Aufwand betreiben wollte, müsste er Milliarden investieren. Dieses Geld hat er aber nicht. Von daher müssen wir alles tun, um das Ehrenamt zu unterstützen. Der Sportunterricht an den Schulen ist ebenfalls ein wichtiger Punkt. Für viele Kinder und Jugendliche ist er der Einstieg in die Welt des Sports. Darüber hinaus muss man vermehrt über eine Kooperation in der Jugendarbeit nachdenken. Da die Zahl der qualifizierten Betreuer sinkt, müssen wir die Kräfte über Vereinsgrenzen hinweg bündeln. Wichtig ist zudem, dass wir Bürokratie abbauen. Aus eigener Erfahrung weiß ich, dass die bürokratischen Hürden auch für Vereine und Verbände zugenommen haben. Hier müssen wir entgegenwirken.

**Die World Games und die Fußballweltmeisterschaft stehen vor der Tür. Kann sich das Land in Zeiten leerer Kassen solche Großereignisse überhaupt noch leisten?**



Holger Müller (CDU)



Hans Theo Peschkes (SPD)

und seinen außenpolitischen Beziehungen lebt, muss sich auch international präsentieren. Sicherlich dürfen dabei finanzielle Aspekte nicht vollkommen aus dem Blickfeld gerückt werden.

**Peschkes:** Wenn man Sportgroßereignisse nur auf die Frage der Finanzen reduziert, ist das zu kurz gedacht. Das Land finanziert diese Ereignisse nicht. Es hat lediglich versprochen, die Verkehrsinfrastruktur bereitzustellen und in gewissem Maße Ausfallbürgschaften zu übernehmen. Die World Games und die Fußball-WM bringen dem Land einen riesigen Imagegewinn: Es zeigt sich, dass NRW ein weltoffenes Land ist. Es zeigt sich auch, dass das klischeehafte Bild vom Standort für Schwerindustrie in dem Maße gar nicht mehr gilt. NRW ist viel mehr, nämlich ein Sport- und Kulturstandort. Großereignisse haben aber auch einen materiellen Wert: Die angeschlagene Baubranche profitiert, nationale und internationale Besucher bringen Kaufkraft ins Land. Und man darf nicht vergessen, dass Großereignisse immer andere Großereignisse nach sich ziehen.

**Dr. Vesper:** Die Fußballweltmeisterschaft ist ja nicht nur ein großer sportlicher Event, sondern auch ein großes Geschäft. Insofern ist die Fußball WM sicherlich kein Zuschussgeschäft, wo Steuergelder verbraten werden. Im Gegenteil: Die nordrhein-westfälische Wirtschaft wird hiervon profitieren. Bei den World Games sieht es vielleicht ein bisschen anders aus. Hierfür hat NRW Mittel zur Verfügung gestellt. Als Sportminister habe ich selbst fünf Jahre an der Vorbereitung dieser Spiele mitgearbeitet und ich freue mich darauf. Wer heute im Sport als Land eine Rolle spielen will, der muss sich fähig zeigen, Veranstaltungen wie die World Games auszurichten. Wenn das positiv läuft, dann wird das auch weitere Großveranstaltungen nach sich ziehen. Von daher sage ich: Auch das ist gut investiertes Geld!

**Rasche:** Sportgroßereignisse wie die World Games oder die Fußballweltmeisterschaft sehe ich in erster Linie als Chance für NRW. Wir haben die Möglichkeit, Weltoffenheit zu zeigen. Sportliche Großereignisse sind längst nicht mehr „nur“ Sport, sondern sie sind wichtige wirtschaftliche Impulse für die gesamte Region. Natürlich stehen wir auch vor erheblichen Anstrengungen, vor allem im Bereich Infrastruktur und Sicherheit. Doch von neuen Infrastrukturmaßnahmen profitieren wir nicht nur während des eigentlichen Ereignisses, sondern auf Dauer. Gerade im Bereich Ausbau der Verkehrsinfrastruktur hat NRW noch einiges aufzuholen.

**Welche persönlichen Schwerpunkte setzen Sie in der Sportpolitik in den nächsten fünf Jahren?**

**Müller:** Ich werde mich sicherlich dem Schwerpunkt Sportschulen widmen. Ich selbst bin ein begeisterter Anhänger des Spitzensports. Von daher halte ich die Idee, landesweit fünf neue Sportschulen einzurichten, für den richtigen Ansatz. Auf diesem Wege wäre es möglich, die sportliche Förderung des Nachwuchses mit einer soliden Schulausbildung zu kombinieren. Eine ebenso wichtige Rolle spielt aber auch der Breitensport. Breitensport lässt sich jedoch nur über das Ehrenamt organisieren und aufrechterhalten. Ein weiterer Schwerpunkt in der Landes-sportpolitik wird

also die Förderung des Ehrenamtes sein. Denn ohne Ehrenamtler wäre unser Land gesellschaftlich mausetot.

**Peschkes:** Die sportliche Infrastruktur muss erhalten bleiben. Wir müssen die Vereins- und Jugendarbeit weiter fördern. Für die SPD kann ich jetzt schon versprechen: Sollte die neue Landesregierung meinen, im Bereich Übungsleiterpauschale kürzen zu müssen, wird es einen ‚heißen Tanz‘ geben. Für mich persönlich kann die Drop-Out-Problematik in den nächsten fünf Jahren ein Thema werden. Dabei geht es um die Karriereplanung von Sportlern, die keine Fußball- oder Tennismillionäre sind. Diesen Menschen müssen wir Perspektiven aufzeigen. Bisher ist es so, dass Wirtschaft und Werbung Spitzensportler gerne nutzen, solange sie Spitzenleistungen erbringen. Die Politik muss sich aber auch um diejenigen kümmern, deren Existenz nach Karriere-Ende nicht gesichert ist. Denen müssen wir neue Perspektiven aufzeigen.

**Dr. Vesper:** Ich möchte dazu beitragen, dass der exzellente Ruf, den NRW als Sportland genießt, bestätigt und noch weiter ausgebaut wird. Außerdem werde ich mich dafür einsetzen, dass wir es jetzt schnell angehen, ein Sportgesetz zu schaffen, damit die konkrete Unterstützung des Sports in einem Landesgesetz verankert wird. Darüber hinaus war und ist mein Arbeitsstil, den direkten Kontakt zu den Sportorganisationen zu suchen und zu pflegen, von ihnen zu lernen, Anregungen aufzunehmen und diese dann politisch umzusetzen.

**Rasche:** Ein Schwerpunkt ist der Schulsport. Ziel der schwarz-gelben Bildungs-offensive wird es unter anderem sein, dafür zu sorgen, dass möglichst kein Sportunterricht mehr ausfällt. Von drei vorgesehenen Sportunterrichtsstunden pro Woche finden oftmals nur ein oder zwei Stunden statt. Zudem brauchen wir qualifizierte Unterrichtskräfte. Ein anderer Punkt ist, dass wir den Sport wieder verstärkt in das gesellschaftliche Bewusstsein holen müssen: Egal ob Kinder, Jugendliche oder Erwachsene: Sport macht Spaß, Sport erhöht das individuelle Wohlbefinden, beugt gesundheitlichen Schäden vor und hilft beim Erlernen des sozialen Umgangs.



Dr. Michael Vesper (GRÜNE)



Christof Rasche (FDP)

Fotos: Schälte

**Die Interviews führten Stephanie Hajdamowicz und Axel Bäumer.**



## Litauens Parlament unbezwingbar FCL schlägt sich gut gegen Team des Seimas

*Litauen, seit einem Jahr Mitglied der EU, war vor einiger Zeit das Reiseziel der deutsch-baltischen Parlamentarierversammlung des Landtags NRW, verstärkt durch das Team des FCL. Nach der Zusammenführung der Delegationsmitglieder in Frankfurt/Main ging es per Flugzeug in die litauische Hauptstadt Vilnius. Dort warteten Termine mit dem Goethe-Institut und der Konrad-Adenauer-Stiftung, mit dem quirligen deutschen Botschafter, im litauischen Parlament, dem Seimas, auf der Stadtverwaltung von Vilnius sowie im Sozial- und Arbeitsministerium auf die Gruppe aus Nordrhein-Westfalen. Später gehörten auch Kietaviskes und Birtonas und die Hauptstädte der Vergangenheit Trakai und Kaunas zum Programm der Delegation. Die schmucken historischen Zentren der beiden Städte bzw. die Burg von Trakai präsentierten sich den Gästen aus Nordrhein-Westfalen im Sonnenschein, ansonsten aber herrschte noch „Väterchen Frost“.*

Sport verbindet – hier die Mannschaften des FCL aus NRW und die des litauischen Parlaments vor dem Kräftemessen in der Halle.

Das war der Grund dafür, dass der sportliche Höhepunkt der Reise, das Match gegen das Team des litauischen Parlaments, in die Halle verlegt wurde. Schnell mussten für die NRW-Kicker noch halblentaugliche Schuhe besorgt werden. Der FCL konnte eine starke Mannschaft aufbieten mit den Korsettstangen Günter Langen, Jan Söfing, Werner Jostmeier, Thomas Mahlberg, Bernhard Tenhumberg, Werner Lohn und Willi

Nowack. Trotzdem geriet der FCL durch eine tückische Bogenlampe, nach der sich Keeper Jürgen Wellmann vergeblich streckte, in Rückstand. Prompt erhöhte das Team die Drehzahl und drängte vehement auf den Ausgleich. Dieser fiel nach einer klassischen Zick-Zack-Kombination zwischen Jürgen Cosse und Thomas Mahlberg. Dieser legte klug fast von der Torauslinie auf, und Jürgen Cosse hatte keine Mühe zu vollenden.

Nun hatte der FCL Oberwasser – spielerisch wie kämpferisch. Knipser Willi Nowack gelang das in der Halle seltene Kunststück eines Kopfballtores: Eine Ecke wuchtete er in der Manier von Schädel-Harry unter die Latte. Die Freude währte nicht lange, die Litauer schlugen zurück, ein harter Flachschuss rauschte ins FCL-Netz. Das NRW-Team jedoch wollte sich angesichts seiner Überlegenheit nicht mit dem Auswärts-Unentschieden zufrieden geben, entblößte seine Abwehr und wurde bitter bestraft. Zwei Minuten vor Abpfiff fing die Litauer einen FCL-Angriff ab und konnten tatsächlich erfolgreich den Siegtreffer zum 3:2 erzielen. Das verzweifelte Anrennen des FCL nutzte nichts mehr, das Team konnte jedoch mit der gezeigten Leistung zufrieden sein. 🏆

## Duell unter Nachbarn

### Landtagssportler traten für guten Zweck an

*Fast vierzehn Jahre nach dem ersten Aufeinandertreffen begegneten sich die Fußballer der Landtage von Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen endlich wieder zu einem Länderspiel in Nordhorn. Anders als damals im Herbst 1991, als man sich leistungsgerecht 1:1 trennte, hatten die beiden Teams dieses Mal die Tormaschine angeworfen und auf volle Touren gebracht. Das war gut so, denn für jedes erzielte Tor zahlte ein großzügiger Sponsor 100 Euro für eine Behinderteneinrichtung.*

Das nutzten die beiden Parlamentsmannschaften gnadenlos aus und trafen 17-mal. Durch ein vorangegangenes Elfmeterschießen kam eine zusätzliche runde Eurosumme in die Kasse. Der FC Landtag NRW fand sich auf dem regennassen Rasen besser zurecht und zog ein feines Kombinationsspiel über die Flügel auf. Zeitweise erinnerte das, was

Günter Langen, Thomas Mahlberg, Werner Jostmeier, Dietmar Brockes, Bernhard Tenhumberg und Willi Nowack an fußballerischer Kunst zelebrierten, an den legendären Schalker Kreisel.

Dem nordrhein-westfälischen Angriffsgeist waren die Niedersachsen an diesem Tag nicht gewachsen, vor allem auch deshalb, weil sich alle NRW-Kicker immer wieder wirkungsvoll in die

Attacken gegen das Niedersachsen-Tor einschalteten. Das Team präsentierte sich wie eine gut geölte Maschine. Zur Pause bereits führte der NRW-FCL mit 6:0. Und beim Abpfiff hatten Norbert Stiens sechs und Jürgen Cosse vier Treffer erzielt. Außerdem trafen für den NRW-FCL Bernhard Tenhumberg, Thomas Mahlberg und Wolfgang Euteneuer. Besonders umjubelt war das Tor von FCL-Präsident Günter Langen, der nach sehenswertem Doppelpass überlegt die Kugel ins lange Eck schob: Ein typischer sauerländischer Hidegkuti.

In Halbzeit 2 aber bekam auch FCL-Keeper Rene Markgraf etwas zu tun. Widerstandslos ließen sich die Niedersachsen nun doch nicht abschlagen. Drei Mal hauten auch sie das Leder in die Maschen. Mit 14:3 fiel die Niederlage für die Niedersachsen zweifellos viel zu hoch aus, aber gegen den NRW-FCL war an diesem Tag kein Kraut gewachsen. 🏆

## Integrationskraft und Gespür

### CDU-Fraktion wählt Helmut Stahl zu ihrem neuen Vorsitzenden

Als letzte der vier Landtagsfraktionen hat die CDU ihren Vorstand bestimmt. Nach den Verhandlungen zum Koalitionsvertrag, an denen Helmut Stahl beteiligt war (Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers betonte, er habe maßgeblich dazu beigetragen, dass der Start der neuen Landesregierung reibungslos und professionell gelungen sei) wurde der 57-Jährige auf Vorschlag des Ministerpräsidenten Ende Juni zum neuen Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion gewählt.

Auf einer Pressekonferenz stellte sich der frisch gebackene CDU-Fraktionsvorsitzende Helmut Stahl den Fragen der Journalisten.

Foto: Schälte



Bei der Abstimmung erhielt der Nachfolger von Rüttgers in diesem Amt 84 Ja-Stimmen. Zwei Gegenstimmen und drei Enthaltungen wurden gezählt. „Das ist ein Signal der Geschlossenheit“, kommentierte Stahl die hohe Zustimmung von 94,4 Prozent.

Der Diplom-Volkswirt Stahl wurde am 22. Juli 1947 in Olpe geboren. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder. Der CDU gehört er seit 1965 an. Nach seiner Tätigkeit in der CDU-Bundesgeschäftsstelle in Bonn wurde er wissenschaftlicher Mitarbeiter der CDU/CSU Bundestagsfraktion, bevor er in das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung eintrat. Von 1996 bis 1998 war er Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie. 1999 kandidierte Stahl für das Amt des Oberbürgermeisters der Stadt Bonn. Seit Juni 2000 ist er Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen. Hier war er von 2002 bis 2005 Parlamentarischer Geschäftsführer (dort wirkte er, wie eine Nachrichten-

agentur vermeldete, als „ebenso effektiver wie uneitler Strippenzieher und als Rüttgers rechte Hand“) und gehörte dem Ausschuss für Wissenschaft und Forschung sowie dem Hauptausschuss an. Als Angehöriger der Diätenkommission hat er die Reform der Abgeordnetenbezüge vorangetrieben. In seiner Fraktion bekleidete er das Amt des Sprechers für Bio- und Gentechnik.

Unterstützt wird der neue Fraktionsvorsitzende durch Peter Biesenbach aus Hückeswagen, der bei der Wahl des Vorstands der CDU-Landtagsfraktion auf Stahls Vorschlag zum Parlamentarischen Geschäftsführer berufen worden ist. Neuer Justiziar der Fraktion ist Hendrik Wüst. Als Finanzbeauftragte bestätigten die CDU-Abgeordneten Hannelore Brüning.

In das Amt von stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden berief die Union des Landtags Ursula Doppmeier (zuständig für Generationen), Marie-Luise Fasse (Umwelt und Landwirtschaft), Rudolf Henke (Arbeit, Gesundheit und Soziales), Manfred Kuhmichel

(Innovation), Bernhard Recker (Schule), Bernd Schulte (Bau und Verkehr) sowie Christian Weisbrich (Wirtschaft).

Dem Geschäftsführenden Vorstand der Fraktion gehören außerdem an: Landtagspräsidentin Regina van Dinker, Volkmar Klein (Finanzpolitischer Sprecher), und der Generalsekretär der NRW-CDU, Hans-Joachim Reck.

Helmut Stahl, langjähriger politischer Weggefährte Rüttgers, wurde vom Ministerpräsidenten mit den Worten vorgestellt: „Er ist jemand, der politisches Gespür hat, führen kann und Leute zusammenhalten kann.“ Damit ihm die Politik nicht über den Kopf wächst, sucht der neue Fraktionsvorsitzende den Ausgleich in drei Hobbys: Laufen, Lesen und in der Vogelkunde.



**Besuch aus Spanien** im Landtag: 23 Oberstufenschülerinnen und -schüler aus Girona, Katalonien, sind von Vizepräsident Edgar Moron (vorn links) und dem CDU-Abgeordneten Werner Lohn (Mitte) begrüßt worden. Die jungen Leute sind Teilnehmer des von der EU geförderten Comenius-Projekts, das das Motto trägt „Europa- unser gemeinsames Zuhause“ und den kulturellen, freundschaftlichen und politischen Austausch zwischen den teilnehmende fünf europäischen Schulen fördern soll. Die jungen Leute aus Spanien besuchen ihre Partnerschule in Ostwestfalen, das Mauritius-Gymnasium in Büren, und erwidern eine Visite der jungen Deutschen in Girona.

Foto: Schälte

## Zeitgeschichte – mit der Hand geschrieben

### FDP-Politikerin Liselotte Funcke veröffentlicht Briefe aus fünf Jahrzehnten

Briefe hat Liselotte Funcke stets mit der Hand geschrieben. Viele davon verfasste die ehemalige FDP-Spitzenpolitikerin auf dem Beifahrersitz eines Dienstwagens, gleichgültig ob an prominente Persönlichkeiten oder weniger bekannte Personen. Mehr als 25.000 Briefe sind in den aktiven politischen Jahren durch die Hände der aus Hagen stammenden Politikerin gegangen. Die zahllosen Schreiben an sie und ihre schriftlichen Antworten darauf hat sie über fünf Jahrzehnte hinweg in einer umfangreichen Sammlung dokumentiert. 170 davon hat Liselotte Funcke jetzt in dem Buch „An Menschen ihrer Zeit“ exemplarisch veröffentlicht.



Sie war eine leidenschaftliche Briefschreiberin – die FDP-Politikerin Liselotte Funcke beobachtete und analysierte mit scharfem Verstand und brachte ihre Einschätzungen und Erkenntnisse zu Papier. Auf diese Weise verschafft sie uns Einblick in eine Ära, die heute noch interessant ist – und deren Fragen und Probleme in Bund und Land immer noch berühren.

Fotos: Schälte

Seit dem Frühjahr 1945 war die studierte Diplomkauffrau und Steuerexpertin auf nahezu allen parlamentarischen und parteipolitischen Ebenen aktiv und engagiert – unter anderem als Landtagsabgeordnete in Düsseldorf, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, stellvertretende FDP-Bundesvorsitzende und für kurze Zeit als Wirtschaftsministerin und FDP-Spitzenkandidatin in NRW. Die Briefsammlung lässt die Augenzeugin bundesdeutscher Geschichte nach dem Ausscheiden aus der aktiven Politik nun zugleich zur Zeitzeugin der demokratischen Entwicklung der Bundesrepublik werden.

Ob es die unruhigen Jahre nach 1968 waren oder die hitzigen Diskussionen um den Abtreibungs-Paragrafen 218, die Kontroversen um die neue Ostpolitik von Willi Brandt und Walter Scheel oder die Auseinandersetzung mit

der NS-Vergangenheit, vor allem spiegeln die ausgewählten Briefe die persönlichen politischen Schwerpunkte der liberalen Spitzenpolitikerin über Jahrzehnte hinweg wider. Die Gleichberechtigung in Beruf und Familie war der FDP-Politikerin ein ebenso zentrales Anliegen wie die Bedürfnisse von Behinderten. Sehr früh befasste sie sich mit der Schul- und Bildungspolitik. In Finanz- und Steuerfragen war sie ausgewiesene Fachfrau – wie auch ihre Briefe belegen.

Am Ende ihrer Laufbahn galt ihr Engagement vor allem den Ausländern in Deutschland. Nach zehn Jahren legte sie 1991 das Ehrenamt als Ausländerbeauftragte der Bundesregierung dennoch resigniert nieder. In einem Brief an den damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) schrieb Liselotte Funcke zugleich

stellvertretend an die Adresse aller Politikerkollegen: „Besonders erschwert wird die Arbeit meines Amtes durch die mangelnde Unterstützung seitens der Bundesregierung und der politischen Parteien.“ **Stephan Heuschen**

Liselotte Funcke „An Menschen ihrer Zeit“  
Briefe aus fünf Jahrzehnten  
Herausgeberin: Sylvia Heinemann M.A.  
296 Seiten ardenkuverlag Hagen  
ISBN: 3-932070-52-6



#### Skeptischer Blick ins eigene Werk –

die Präsidentin des Landesrechnungshofs, Ute Scholle (Bild), hat der Präsidentin des Landtags, Regina van Dinther, den Jahresbericht 2005 über das Ergebnis der Prüfungen im Geschäftsjahr 2004 überreicht und anschließend den Medien vorgestellt. Dabei drückte Scholle ihre Besorgnis über den Landeshaushalt aus und rief zu wirkungsvollen Sparmaßnahmen auf. Schon jetzt bestehe kaum noch Gestaltungsspielraum, meinte sie. Mit Blick auf die Personalausgaben monierte sie, dass das Land 41 Prozent dafür aufwenden müsse. Wenn die landeseigenen Gesellschaften hinzugerechnet würden, steige die Quote auf 62 Prozent. Vor allem die Versorgungsleistungen für pensionierte Beamte und Angestellte nähmen in den nächsten Jahren mit stark steigender Tendenz zu. Die LRH-Präsidentin hatte auf der Pressekonferenz auch eine gute Nachricht zu verkünden: Durch die Prüfungstätigkeiten von Rechnungshof, Rechnungsprüfungsämtern und Vorprüfungsstellen seien im abgelaufenen Geschäftsjahr rund 144 Millionen Euro eingespart worden.



## Porträt der Woche: Dr. Jürgen Rüttgers (CDU)

**1975**, da war Jürgen Rüttgers 24 Jahre jung, konnte er sich Ratsherr nennen. Ein schöner alter Titel, der nach Bürgerstolz und „Man ist wer in der Gemeinde“ klingt. Gut, der junge CDUler war nicht Ratsherr im „hillige Köln“, vielmehr im kleinen Pulheim, draußen vor den Toren der ehrwürdigen Stadt. Aber den Namen Rüttgers musste man sich fortan im kommunalpolitischen Betrieb merken.

So dachte auch der damalige Stadtdirektor von Pulheim, der heutige Bürgermeister Karl-August Morisse. Ein paar Jährchen später, 1982, der Volljurist Jürgen Rüttgers war inzwischen Beigeordneter seiner Heimatgemeinde, schloss er den so genannten Bund fürs Leben. Als Karl-August Morisse, der längst ein politisches Auge auf Jürgen Rüttgers geworfen hatte, ihn und seine Frau Angelika in der von zwei Schimmeln gezogenen Hochzeitskutsche durch Pulheim fahren sah, brachte das Morisses Phantasie auf Trab: Er dachte für sich, dieser Jürgen Rüttgers, dem wird es hier bei uns bald zu eng, der steckt sich andere, höhere Ziele, jenseits der Kommunalpolitik in Köln-Land. So sollte es kommen. Die Pulheimer Welt war J.R. nicht genug.

1987, mit 36, zog Rüttgers, wie es Karl-August Morisse geahnt hatte, südwärts in den Bundestag nach Bonn. Bald darauf wurde er politisch das, was man unter Ökologen „nachwachsenden Rohstoff“ und unter älteren Politikern einen „jungen Hoffnungsträger“ nennt. Der CDU/CSU-Bundestagsfraktion diente Rüttgers als Berichterstatter für Fragen der Raumfahrt. Da läuft man Gefahr abzuheben, im Orbit zu verschwinden, oder beim Versuch, wieder in die politische Erdumlaufbahn einzutauchen, zu verbrennen.

### ERDHAFUNG

Der junge Rüttgers aber hielt sich in der Bodenstation auf, er leistete sich nur gedankliche Flüge ins politische All. Schlau (eine Lehrerin nannte ihren Zögling einst ein kluges Kerlchen), durchaus auch politisch berechnend, behielt Rüttgers Erdhaftung, stets die großen Tiere der Union im Blick, den Haudegen Dregger und vor allem Kohl und Schäuble, die ihn bald nach der Einheit zu höheren parlamentarischen und ministeriellen Ehren befördern sollten. Viele sagten, Rüttgers beste Zeit sei die als Parlamentarischer Geschäftsführer der Unions-

Fraktion (ab 1991) gewesen. Tatsächlich kam ihm in dem Amt sein rheinischer Charakter-Mix aus Gewitztheit, Kommunikations-Begabung und rhetorischer Rauf-lust zugute. Diese Rauf-lust trägt bei Rüttgers, der nicht nur wie ein Intellektueller aussieht, allerdings nie allzu rustikale Züge; er war nie wie Kohl, der einen diebischen Spaß dabei empfand, „den Sozis aufs Haupt zu schlagen“. Rüttgers liebt mehr den Schulterwurf durch Ironie.

Als Kohls so genannter „Zukunftsminister“ für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (noch heute spricht Rüttgers respektvoll vom „Alten“, wenn er beim Verzehr von reichlich Rotwein köstliche Kohl-Anekdoten und Kohl-Kniffe zum Besten gibt) gelang ihm 1995 die Einführung des „Meister-Bafög“. Der Sohn eines Elektrikers wertete das ehrbare Handwerk auf, darauf, so sagte Rüttgers jüngst gegenüber „Focus“, sei er besonders stolz.

Frankophil, wie der Ferienhaus-Eigentümer im tiefen Süden von „La douce France“ ist, verbindet Rüttgers politisches mit schriftstellerischem Tun, nach dem Vorbild französischer Spitzenpolitiker von einst und jetzt, ob sie Giscard, Mitterrand oder de Villepin heißen. Der neue Ministerpräsident ist jemand, der gleich gerne in Baumärkten und in Buchläden stöbert. Des Gedankens Blässe ist ihm nicht fremd, er kann aber auch einen Nagel in die Wand schlagen oder Fliesen verlegen.

### ANTRIEB

Pfadfinder und Messdiener war der „katholische Jung“. Anders als so mancher Jahrgangs-Kamerad, den religiöse Überfütterung in jungen Jahren in spätere kirchliche Abstinenz gedrängt hat, blieb Rüttgers seiner Kirche treu. Er, der Bindungsfähige, besucht mit der Familie jeden Sonntag die Heilige Messe. Und er sagt etwas, was vielen Postmodernen in der Politik nicht über die Lippen kommt, nämlich „So wahr mir Gott helfe“ beim Amtseid beziehungsweise „Der Glaube an Gott und das Gute im Menschen“ auf die Focus-Frage, was ihn politisch antreibe.

Noch einmal Frankreich: 1981, als Mitterrand erfolgreich um die Präsidentschaft gekämpft hatte, lautete seine persönliche Botschaft: La Force tranquille. „La Force tranquille“, „Die ruhige Kraft“ – die ersten Schritte, die der Wahlsieger des 22. Mai 2005 gemacht hat, erinnern an

Mitterrands alten Slogan. Rüttgers (seine Kritiker innerhalb und außerhalb der CDU reiben sich seit einigen Wochen die Augen und meinen, sie seien im falschen Rüttgers-Film) wirkt in sich ruhend und aufbruchbereit, zäh und federnd. Und der gute Karl-August Morisse aus Pulheim würde schmunzeln: „Ich hab’ es euch ja immer jesacht.“

*Autor: Reinhold Michels*



### LANDTAG INTERN

**Herausgeberin:** Die Präsidentin des Landtags

Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinter,

Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,

Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

**Redaktion:** Stephanie Hajdamowicz (Chefredakteurin),

Jürgen Knepper (Chef vom Dienst),

Fotoredaktion: Bernd Schälte,

Volontär: Axel Bäumer

Telefon (02 11) 884-23 03, 884-23 04, 884-23 09 und 884-25 45,

Fax 884-30 70, pressestelle@landtag.nrw.de

**Redaktionsbeirat:** Peter Biesenbach MdL (CDU), Parla-

mentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD),

Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Remmel MdL

(GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer;

Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer;

N. N. (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Presse-

sprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher;

Holger Schlienkamp (FDP), Pressesprecher.

**Nachdruck mit Quellenangabe erbeten**

**Satz/Gestaltung/Layout:**

h<sub>2</sub>m Kommunikations-Agentur, Duisburg · www.h2-m.de

**Herstellung und Versand:**

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH,

Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

**Internet-Adresse:** www.landtag.nrw.de

**LANDTAG INTERN** wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichten Papier gedruckt.

## Geburtstagsliste

Vom 12. Juli bis 1. September 2005

12.7.	Angela Freimuth (FDP)	39
15.7.	Harald Giebels (CDU)	41
19.7.	Hendrik Wüst (CDU)	30
22.7.	Dr. Axel Horstmann (SPD)	51
22.7.	Helmut Stahl (CDU)	58
23.7.	Holger Müller (CDU)	58
23.7.	Marlies Stotz (SPD)	46
26.7.	Achim Tüttenberg (SPD)	46
28.7.	Ingrid Hack (SPD)	41
4.8.	Hannelore Brüning (CDU)	63
4.8.	Hans-Joachim Reck (CDU)	53
9.8.	Rüdiger Sagel (GRÜNE)	50
10.8.	Bernd Krückel (CDU)	41
18.8.	Cornelia Ruhkemper (SPD)	51
21.8.	Werner Jostmeier (CDU)	55
21.8.	Ilka Keller (CDU)	61
27.8.	Ursula Meurer (SPD)	50
28.8.	Edgar Moron (SPD)	64
29.8.	Ursula Doppmeier (CDU)	53
31.8.	Thomas Trampe-Brinkmann (SPD)	45
1.9.	Christian Möbius (CDU)	39

**Georg Wilhelm Mietz** (CDU), Landtagsabgeordneter von 1975 bis 1980 und von 1983 bis 1990, ist im Alter von 73 Jahren gestorben. Mietz stammte aus Neumühl im Kreis Königsberg und war im Polizeidienst tätig.

**Richard Winkels**, langjähriger Landtagsabgeordneter der SPD und von 1975 bis 1985 Vorsitzender des Sportausschusses, hat den Vorsitz des Landessportbunds (LSB) abgegeben. Der frühere Lokaljournalist Winkels war 18 Jahre Präsident des LSB und hat daran mitgewirkt, dass der Sport als Ziel in Artikel 18 der Verfassung des Landes NRW („Sport ist durch Land und Gemeinden zu pflegen und zu fördern“) aufgenommen worden ist. Zu seinem Nachfolger wurde Walter Schneeloch aus Bergisch-Gladbach gewählt. Übrigens: Am 21. Juli wird der in Beelen bei Warendorf geborene Winkels 85 Jahre alt.

## Landtagsandacht nach der Sommerpause

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 1. September 2005 ein: 8.00 Uhr Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und 9.15 Uhr Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

*Raum für Aufkleber (Postvertrieb)*



## Auf gute Nachbarschaft ...

von Landtag und Opernhaus hoffen Landespolitiker und Opernfreunde, wenn im kommenden Jahr die Sanierung der Düsseldorfer Oper beginnt und das Haus sein Ausweichquartier am Düsseldorfer Rheinufer bezieht. Dazu wird nach bisherigen Planungen ein Interimsgebäude (siehe Modell) mit knapp 1.000 Plätzen auf der stadteigenen Wiese vor dem Landtag errichtet. Landtagspräsidentin Regina van Dinkerhoff zeigte sich erfreut über die neuen Nachbarn und signalisierte ihr Einverständnis, wenn dabei auf die parlamentstypischen Belange Rücksicht genommen wird.

Montage: Schälte